Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 265 — Jahrgang 212

Bezugspreis: Für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,40 außer Postgeld.

Abend-Ausgabe

Dienstag, 3. Juni

Anzeigenpreis: Hiesige Interessenten je Zeile 30 Pfg. auswärtige je Zeile 40 Pfg. — Reklamezeile 1,25 Mk. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Gegen französische Umtriebe im Rheinland

Ein Protest in Spaa

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 3. Juni.

Reichsminister Erzberger hat als Vorsitzender der Waffenstillstandskommission gestern Abend General Nudant zur Weitergabe an Marschall Foch einen ausführlichen Protest gegen das Verhalten der französischen Besatzungsbehörden im Rheinland überreichen lassen. In dem Protest wird die Tatsache angeführt, daß die Loslösungsbestrebungen im Rheinland von französischen Militärstellen sehr gefördert worden sind. Scharf protestiert wird auch gegen das Verhalten der französischen Kommission gegenüber den deutschen Behörden, die versuchten, gegen das hochverräterische Treiben einzuschreiten. Als Anlage zu dem Protest wurde auch die von den Abgeordneten aus dem Rheinland beschlossene Kundgebung gegen die Rheinische Republik überreicht.

In der Protestnote an Marschall Foch heißt es u. a.: Der deutschen Regierung sind glaubwürdige Nachrichten zugegangen, daß französische Besatzungsbehörden im linksrheinischen Gebiet unter Mißbrauch der ihnen durch den Waffenstillstand eingeräumten Befugnisse hochverräterische Bestrebungen in dem besetzten Gebiet fördern und unterstützen. Politisch einflußlose Persönlichkeiten, die keinerlei Auftrag vom Volke hatten, haben wiederholt Verhandlungen über die Ausrufung einer rheinischen Republik und die Loslösung vom Deutschen Reiche mit französischen Offizieren geführt. Französische Besatzungsbehörden haben gestattet, daß am 1. Juni Plakate über die Ausrufung einer rheinischen Republik angeheftet werden durften und haben Deutsche, welche Plakate beseitigten, verhaftet. Oberst Pinot erwiderte einem deutschen Beamten, der pflichtgemäß darauf aufmerksam machte, daß die französischen Militärbehörden Hochverrat gegen das Deutsche Reich unterstützt hätten, er werde den Städten, die mit der Gründung der neuen Republik sich nicht abfinden, die Lebensmittel absperren lassen und hinzugefügt, daß der Beamte innerhalb 24 Stunden aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen werde. Regierungspräsident Winterstein ist ausgewiesen worden.

Diese Handlungen französischer Okkupationsbehörden stehen in schroffstem Gegensatz zu den Waffenstillstands-Bedingungen vom 29. November 1918 und stellen die schwerste Verletzung völkerrechtlich übernommener Verpflichtungen dar. Die deutsche Regierung legt gegen dieses Verhalten den schärfsten Protest ein.

*

Gegen die hochverräterischen Umtriebe einer Gruppe vaterlandsloser Gesellen in den Rheinlanden, in Rheinhessen, in Nassau und der Pfalz erhebt sich einmütig die gesamte Einwohnerschaft. So wird aus Wiesbaden gemeldet:

Wiesbaden, 3. Juni.

Infolge des allgemeinen Ausstandes, der heute vormittag 10 Uhr eingesetzt hat, sind sämtliche Läden und Schulen geschlossen. Das Elektrizitätswerk arbeitet nicht, die Straßenbahnen stehen still, die Zeitungen haben ihr Erscheinen eingestellt. Die französische Militärverwaltung hat für den Fall des Generalstreiks Aufhebung sämtlicher Paß- und Verkehrserleichterungen und Absperrung der Lebensmittelzufuhr angedroht.

Infolge der Erklärung der rheinischen Republik wurde in Mainz der eintägige Generalstreik der Arbeiterschaft verkündet. Die Franzosen verhafteten die sozialistischen Führer.

In allen größeren Städten der Pfalz haben heute große bedeutende Kundgebungen für das Deutschtum und gegen die selbständige Republik stattgefunden. Sie verliefen alle in Ruhe und Ordnung.

In Ludwigshafen fanden gewaltige Kundgebungen der Arbeiterschaft aller Großbetriebe statt. Im Anschluß daran wurde zum Protest gegen die Ausrufung der Republik der Generalstreik verkündet, der gestern um 3 Uhr nachmittags in Kraft trat.

Der Regierungspräsident von Meister ist zurückgetreten, weil er von der Besatzungsbehörde der provisorischen Regierung unterstellt werden sollte.

Die Abgeordneten der rheinischen Lande zur deutschen National- und preußischen Landesversammlung haben gestern in einer Versammlung, der die zuständigen Minister Preußens und des Reichs beiwohnten, einstimmig nachstehende Entschließung angenommen:

Deutsche vom Rhein! Wir, die Abgeordneten der rheinischen Lande zur deutschen Nationalversammlung und preußischen Landesversammlung, erheben Protest gegen die Ausrufung von Sonderrepubliken in Westdeutschland. Im besetzten Gebiete hat das Volk selbst nicht die Möglichkeit zu ungehemmtem Meinungsausdruck. Deshalb erheben wir, euere berufenen Vertreter, unsere Stimme und weisen die Machenschaften derer zurück, die in vollem Gegensatz zu dem Willen des gesamten rheinischen Volkes sich an den fremden Machthaber wenden, um seine Hilfe gegen das deutsche Vaterland zu erbitten. Nur völliger Mangel an nationalem Gefühl kann ein solches schmachvolles Komplott erklären. In dieser Zeit allgemeinen Unglücks ist es die Pflicht jedes Deutschen, seinem Volk und Vaterland die Treue zu halten, anstatt das Unheil durch die Zerrüttung der vorhandenen staatlicher Organisationen noch zu verschlimmern. Jeder Teil des deutschen Volkes wird im Rahmen der neuen Verfassung zu seinem Rechte kommen und seiner Sonderart in Freiheit pflegen können. Dazu bedarf es keiner verräterischen Umtriebe. Keine Regierung kann es dulden, daß ihre Volksgenossen während schwebender Friedensverhandlungen von amtlichen Vertretern des Gegners beim Abfall unterstützt werden. Der Geist des Vertrauens, ohne den Friedensverhandlungen nicht geführt werden können, muß dadurch getötet werden. Dem rheinischen Volk aber rufen wir zu: Bewahrt Festigkeit, Einheit und deutsche Treue!

Die Abgeordneten der rheinischen Lande zur deutschen National- und preußischen Landesversammlung.

Zu den Unabhängigkeitsbestrebungen in der Pfalz.

Mainz, 3. Juni.

Hier hat die Ausrufung der Rheinischen Republik einen dreitägigen Kundgebungsstreik der Bürger und Arbeiter gegen das Unternehmen veranlaßt. Infolgedessen sind alle technischen Betriebe, Fabriken und Läden geschlossen. Tausende von Menschen bewegen sich durch die Straßen. Soviel man erfahren hat, stehen zwei klerikale Heren dahinter, ein Amtsgerichtsrat Liebig und ein Dr. Klingenburg, die in der Mainzer Zentrumspartei bisher keine große Rolle gespielt haben. Außer dem Präsidenten Adelung ist auch der Redakteur Schildweg von der sozialdemokratischen „Volkszeitung" verhaftet worden, ebenso wurden noch einige Lehrer festgenommen.

Geheimrat Brugger aus dem Kultusministerium ist zum Regierungspräsidenten in Köln und Oberregierungsrat Fuchs in Arnsberg zum Regierungspräsidenten in Trier ernannt worden. Beide sind katholisch und Zentrumsmänner. Zurzeit sind Erwägungen im Gange, den früheren Staatssekretär Trimborn zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz zu ernennen.

Zu den bereits gemeldeten Vorgängen in Speyer wird noch gemeldet:

Ludwigshafen, 3. Juni.

Die Ludwigshafener Arbeiterschaft der großen Unternehmen ist in den Demonstrationsstreik gegen die Landauer getreten. Die drei Kammern der Regierung der Pfalz haben einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: Die Mitglieder der Kammern werden im Falle der Ausrufung einer neutralen Republik Pfalz diese nicht anerkennen. Den Aufträgen einer neu eingesetzten Regierung werden sie nicht Folge leisten. Dem Zwang, Dienst zu tun, werden sie sich nicht früher fügen, als bis die Erlaubnis dazu von der bayerischen Regierung gegeben ist. Tatsache ist, daß der Bürgermeister von Landau und der Regierungspräsident von Winterstein gewaltsam über den Rhein abgeschoben wurden. Regierungspräsident Winterstein ist bereits gestern in Bamberg eingetroffen und hat seinen Bericht über die Lage in der Pfalz dahin zusammengefaßt: Die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung in der Pfalz, wie das gesamte Beamtentum stehen fest zu Bayern und sind entschlossen, sich in keiner Weise beeinflussen zu lassen.

Deutschlands Gegenantwort über die Schuld

Die Gegenantwort der deutschen Regierung über die Verantwortlichkeit der Schuld des Krieges liegt nunmehr im Wortlaut vor. Die beiden ersten Kapitel: „Notwendigkeit unparteiischer Untersuchung" und „die diplomatischen Verhandlungen" sind Auszüge aus der Note:

Berlin, 2. Juni.

In den deutschen Bemerkungen zum Bericht der Kommission der alliierten und assoziierten Regierungen über die Verantwortlichkeiten der Urheber des Krieges wird zunächst auf die Notwendigkeit unparteiischer Untersuchung durch eine Kommission hingewiesen, der alle Archive zugängig sind, und vor der beide Parteien gleichmäßig zu Worte kommen. Sodann wird auf die politischen Fragen eingegangen, während die rein militärischen in besonderen Anlagen behandelt werden. In dem Abschnitt über die

diplomatischen Verhandlungen

wird einleitend bemerkt, daß von einer erdrückenden Ueberlegenheit des deutschen Heeres in keiner Weise gesprochen werden kann. Die erdrückende Ueberlegenheit war vielmehr auf seiten der Gegner. Sodann wird auf das bestimmteste der Auffassung entgegengetreten, daß zwischen Berlin und Wien ein geheimes Komplott zur Vernichtung Serbiens geschmiedet worden wäre. Die Ziele der österreichischen Aktion waren in Berlin im einzelnen nicht mitgeteilt, waren aber genau umgrenzt und enthielten keinerlei Annexionsgedanken. Graf Tisza hatte seine Zustimmung zu dem Ultimatum ausdrücklich von einem solchen Verzicht abhängig gemacht. Richtig ist, daß Oesterreich die Auffassung hatte, angesichts früherer, nicht gehaltener Versprechungen Serbiens sich mit bloß diplomatischen Ergebnissen nicht begnügen zu können, sondern auf den Eindruck einer militärischen Expedition bestehen zu müssen. Deutschland hat dieser Auffassung zugestimmt und Oesterreich dabei ermutigt. Dieses Vorgehen war in gutem Glauben als eine Maßregel gedacht, um einen seit langem die Gefahr eines Weltkrieges in sich bergenden Konfliktsstoff zu beseitigen. Immerhin empfand die deutsche Regierung selbst das Ultimatum als zu weit gehend, wie sie auch den entgegenkommenden Charakter der serbischen Antwort anerkannt hat. Eine schiedsgerichtliche Regelung der nach dieser Antwort noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten hätte besser dem Geiste des Vertrauens entsprochen, auf den Sir Edward Grey am 20. Juli 1914 hinwies. Voraussetzung für diesen Vertrauen wäre aber der Glaube gewesen, daß der englische Außenminister nicht nur den Willen, sondern auch die Macht hatte, die russischen Kriegsabsichten im Zaum zu halten. Nun zweifelt an dem guten Willen Greys von den Unterzeichnern der Bemerkungen keiner mehr. Fraglich erscheint nur, ob dieser gute Wille in einer Art zum Ausdruck gelangt und gelangen konnte, um der deutschen Regierung jedes Vertrauen zu geben. Die Berliner Regierung hate in dem Bestreben, den Streit zu lokalisieren, anfänglich gegen die Vermittlungsvorschläge sich ablehnend verhalten. Der direkte Gedankenaustausch zwischen Wien und Petersburg ist aber, was der Kommissionsbericht erstaunlicherweise nicht erwähnt, von deutscher Seite angeregt worden, und Grey selbst hat dieses Verfahren als das zweckmäßigste anerkannt. Das im Blaubuch Nr. 3 erwähnte deutsche Telegramm hat auch nicht die Vermittlung zu vieren abgelehnt, sondern den Plan einer Konferenz. Zu einer Vermittlung zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland ist Deutschland immer bereit gewesen. Außerdem hat die

Berliner Regierung vom 28. Juli ab einen starken Druck auf das Wiener Kabinett ausgeübt.

Da der Kommissionsbericht diese längst bekannten deutschen Noten auffallenderweise nicht erwähnt, wird einiges aus diesen wichtigen Dokumenten angefügt. Am 28. Juli wurde Wien auf den versöhnlichen Charakter der serbischen Antwort hingewiesen und aufgefordert, gegenüber den deutschen und anderen Vermittlungsvorschlägen nicht mehr die bisherige Zurückhaltung zu beobachten. Am 29. Juli wurde die Verweigerung jedes Meinungsaustausches mit Petersburg als schwerer Fehler bezeichnet und beigefügt, daß Deutschland es ablehnen müßte, sich leichtfertig in einen Weltkrieg hineinziehen zu lassen. In derselben Nacht wurde zur Unterstützung des Grenschen Vorschlages nach Wien gedrahtet, daß voraussichtlich zwei gegen vier Großmächte stehen würden, und daß dem Wiener Kabinett dringend und nachdrücklich anheim gestellt werde, die Vermittlung zu den angebotenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen.

Die Bemerkungen von deutscher Seite wegen der Kriegsschuld stellen weiter fest, daß mit dem Vermittlungsvorschlag vom 29. Juli der Weg zur Erhaltung des Friedens gefunden war, und es nicht Schuld der deutschen Regierung war, wenn die diplomatischen Verhandlungen durch militärische Maßnahmen der Gegenseite jäh unterbrochen wurden. Was die durch den serbischen Gesandten in Paris veröffentlichten Dokumente betrifft, so ist der Bericht von Wiesner vom 13. Juli in Berlin niemals zur Kenntnis gebracht worden. Bezüglich der Depesche des Grafen Szögyenni vom 27. Juli über die Zurückweisung möglicher englischer Vermittlungsvorschläge hat die deutsche Kommission sich sowohl an Herrn v. Bethmann-Hollweg wie an Herrn v. Jagow gewendet, und von beiden übereinstimmend die Auskunft erhalten, daß dieser Bericht unmöglich zuverlässig sein könnte. Außerdem hat die deutsche Regierung tatsächlich alles getan, um Oesterreich zur Annahme der Vermittlungsvorschläge zu bewegen. Gleichwohl gehört die Angabe des Botschafters zu den zahlreichen Einzelpunkten, die die Notwendigkeit der Untersuchung durch eine neutrale Kommission als besonders dringend erscheinen lassen. Wenn der Vorschlag des Zaren vom 29. Juli, das österreichisch-serbische Problem dem Schiedsgericht im Haag zu überweisen, keine Zustimmung gefunden hat, so geben die Akten über den Grund keinen Aufschluß. Es ist sicherlich darin zu sehen, daß die an diesem Tage angeordnete Mobilmachung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191906032-13/fragment/page=0001

des deutschen russischen Armeekorps die Befürchtung nahelegte, Rußland werde die Zeit der Verhandlungen zu weiteren Rüstungen ausnützen, und tatsächlich haben die militärischen Ratgeber des Zar an demselben Tag den Beschluß gefaßt, die russische Teilmobilmachung zu einer allgemeinen zu erweitern.

3. Die Katastrophe

Diese allgemeine russische Mobilmachung war es, wodurch die im Sinne von Blaubuch Nr. 88 angebahnte, von Deutschland nachdrücklichst geförderte glückliche Lösung der Krise vereitelt wurde.

Die russischen Mobilmachungsvorbereitungen waren, wie Anlage I näher ausführt, in den letzten Jahren wesentlich verbessert und gesteigert worden; die Kriegsvorbereitungsperiode für das ganze europäische Rußland, also auch gegenüber Deutschland, hatte schon am 26. Juli begonnen. Die am 25. im Prinzip beschlossene, am 29. angeordnete russische Teilmobilmachung hatte gegen Oesterreich-Ungarn schon eine Ueberlegenheit russischer und serbischer Streitkräfte bereitgestellt. Die am 29. beschlossene, am 30. angeordnete allgemeine russische Mobilmachung war durch keinerlei deutsche oder österreichisch-ungarische militärische Maßnahme gerechtfertigt.

Alle diese Punkte sind in dem Kommissionsbericht nicht einmal flüchtig gestreift.

Das Verschweigen der russischen allgemeinen Mobilmachung

ist um so auffallender, als über die Bedeutung dieser Maßnahme im Jahre 1914 eine Meinungsverschiedenheit nicht bestand. Es ist bekannt, wie dringend der britische Botschafter in Petersburg vor dem verhängnisvollen Schritte warnte (Blaubuch Nr. 17). Der allgemeinen Auffassung gab Oberst Nepington am 30. Juli in den „Times" mit den Worten Ausdruck: „Es wäre ein Wunder, wenn nicht sehr bald nach Bekanntmachung der russischen Mobilmachung ganz Europa in Flammen stände."

Noch weniger Unklarheit konnte in Frankreich über die Tragweite der russischen Mobilmachung bestehen,

hatte doch General Boisdeffre am 18. August 1892, am Tage nach Abschluß der französisch-russischen Militärkonvention, dem Zaren auseinandergesetzt, daß „die Mobilmachung so viel sei wie die Kriegserklärung" (le lui ai fait remarquer que la mobilisation c'était la déclaration de guerre; 3. französisches Gelbbuch Nr. 71). Das Bewußtsein der Bedenklichkeit dieser Maßnahme war es denn wohl auch, wodurch die französische Regierung veranlaßt wurde, die russische Mobilmachung tunlichst lange geheim zu halten. Noch am 31. Juli um 7 Uhr abends (gleich nach 9 Uhr Petersburger Zeit) erklärte der französische Außenminister dem deutschen Botschafter, „über eine angebliche Totalmobilisierung der russischen Armee und Flotte in keiner Weise unterrichtet zu sein" (Gelbbuch Nr. 117), obwohl der am frühen Morgen in Petersburg öffentlich angeschlagene Befehl doch keinem der dortigen Diplomaten hatte verborgen bleiben können und obwohl, wie die „Pravda" vom 9. März 1919 nach einem Geheimtelegramm Iswolskis mitteilt, ein die „volle Mobilisation der russischen Armee ohne jede Ausnahme" bestätigendes Telegramm des französischen Petersburger Botschafters schon am Morgen des 31. in Paris eingegangen war.

Bei keiner sachkundigen Persönlichkeit konnte der mindeste Zweifel bestehen, was die russische Mobilmachung für Deutschland bedeutete. Der Krieg nach zwei Fronten stand bevor; er war gegen erdrückende Uebermacht zu führen, im Westen stand ein Heer von größter Operationsbereitschaft. Defensive nach beiden Seiten war sicheres Verderben. Die Offensive aber mußte nach der damals nicht nur in Berlin, sondern bei den Militärs wohl aller Länder bestehenden Auffassung mit tunlichster Schnelligkeit gegen Westen, gegen den zuerst operationsbereiten, zuerst zu fassenden Gegner, geführt werden, so daß nicht nur Wochen, sondern Tage wichtigen Zeitgewinn bedeuteten. Daß in der Kriegserklärung an Frankreich einige Meldungen über französische Fliegerangriffe leichtfertig ohne genaue Nachprüfung verwertet wurden, ist bedauerlich, ändert aber nichts an der Tatsache, daß nach Bekanntwerden der russischen Mobilmachung sofort auch mit der französischen, also

dem Kriege nach zwei Fronten gerechnet werden mußte.

Diese Auffassung wird nachträglich durch die nunmehr bekannten Bestimmungen der russisch-französischen Militärkonvention vom 17. August 1892 bestätigt, wo im Falle der Mobilmachung auch nur einer Macht des Dreibundes die unverzügliche und gleichzeitige Mobilmachung der gesamten französischen und russischen Streitkräfte und deren schleuniger Einsatz zu entscheidendem Kampfe (ces forces s'engageront à fond, en toute diligence) vereinbart ist.

Im Falle einer Gesamtmobilmachung Rußlands stand jede deutsche Staatsleitung, welche deren Durchführung um deswillen abgewartet hätte, weil Verhandlungen angeboten wurden, dem eigenen Volke gegenüber vor einer furchtbaren und von niemandem zu tragenden Verantwortung. Die den gegnerischen Regierungen überreichten Dokumente zeigen, daß bei den Plänen des Zarismus, solange dieser aufrecht stand, diese Verantwortung nicht übernommen werden durfte. Sie wäre unter allen Umständen nur dann zu tragen gewesen, wenn eine übernationale hinreichend starke Zwangsgewalt die unbedingte Garantie übernommen hätte, daß die Verhandlungen keinesfalls dazu benutzt werden würden, jene riesenhafte Ueberlegenheit zuerst voll zur Entfaltung zu bringen und dann die Verhandlungen abzubrechen und Deutschland mit Krieg zu überziehen, dessen Ausgang von vornherein feststand. Eine solche übernationale Garantiemacht aber bestand damals nicht.

4. Schlußfolgerungen.

Deutschland hat der österreichischen Ansicht, die großserbische Agitation durch eine nötigenfalls mit Waffengewalt unterstützte Aktion aus der Welt zu schaffen, zugestimmt. Es wäre von entscheidender Wichtigkeit gewesen, wenn sofort nach Eintreffen der serbischen Antwortnote am 27. Juli das Wiener Kabinett von unwiderruflichen Maßnahmen abgehalten worden wäre, die Berliner Regierung schon an diesem Tage den Eindruck gewonnen hätte, daß Serbien weit entgegengekommen war. Nach eingehender Prüfung der Note ist dann am 28. das Aeußerste geschehen, um das Wiener Kabinett zum Einsehen zu bewegen. Berlin hat insbesondere den Vorschlag Sir Edward Greys am 29. nachmittags, der Oesterreich-Ungarn die ihm nach Ansicht aller Großmächte gebührende Genugtuung gewährte, mit den denkbar schärfsten Mitteln unterstützt. Warum die Antwort des Wiener Kabinetts auf diesen letzten Vorschlag nicht sofort erfolgt ist, entzieht sich der Kenntnis der Unterzeichneten. Dieses ist einer der wesentlichsten Punkte, der noch der Aufklärung bedarf. Was Berlin betrifft, so ist ein Meinungswechsel von 26. zum 28. nach den Akten unverkennbar, und es ist noch der Ueberzeugung des Unterzeichneten mangelnder Entschlußkraft zuzuschreiben, daß nicht schon am 27. die letzten Konsequenzen daraus gezogen wurden.

Den Weltkrieg hat Deutschland, wenn auch dieses Risiko mit in den Kreis der Betrachtungen gezogen worden war, nicht gewollt. Die deutsche Regierung galt während mehr als 40 Jahren, um die eigenen Worte des Kommissionsberichtes zu gebrauchen, als „Vorkämpfer des Friedens" (Gelbbuch Nr. 6). Eroberungspläne lagen den Gedanken der leitenden deutschen Staatsmänner weltenfern.

Anders war das in Rußland. Die Verwirklichung der Absichten der führenden panslawistischen Kreise war ohne Krieg nicht erreichbar. Diese friedensfeindlichen Elemente setzten in den entscheidenden Tagen ihren Willen durch. Denn gerade in dem Augenblick, da der Friede gesichert erschien, traf Rußland die Maßnahmen, die ihn unmöglich machten. Die Unterzeichneten können nicht umhin, der Ansicht Ausdruck zu geben, daß, wenn von London und Paris ein ebenso starker Druck auf Petersburg ausgeübt worden wäre, wie von Berlin auf Wien, der verhängnisvolle Schritt, den kriegslustige Militärs gegen den Willen des Zaren durchzusetzen wußten, wohl unterblieben wäre.

5. Verletzung der belgischen und luxemburgischen Neutralität.

Hinsichtlich der Verletzung der belgischen und luxemburgischen Neutralität teilen die Unterzeichneten vollkommen den Standpunkt, den der deutsche Reichskanzler am 4. August 1914 unter dem Beifall des Reichstages eingenommen hatte, daß es sich um ein „wiedergutzumachendes Unrecht" handele. Sie bedauern, daß diese Auffassung während des Krieges vorübergehend aufgegeben und eine nachträgliche Rechtfertigung des deutschen Einmarsches versucht wurde.

6. Rückblickende Betrachtungen.

Die Unterzeichneten sehen sich schließlich zu folgenden allgemeinen Bemerkungen veranlaßt:

Man kann nach unserer Ansicht grundsätzlich nicht in der Art, wie es der gegnerische Kommissionsbericht tut, die Frage einer Kriegsursache durch Aufzählung von formellen Anlässen lösen, welche einen bestehenden Zustand politischer Hochspannung in einen Krieg hinübergleiten ließen. Neben der völligen und erstaunlichen Irrtümlichkeit der Darstellung der Einzeltatsachen liegt darin der grundsätzliche Fehler des ganzen Verfahrens. Man wird vielmehr die Fragen aufwerfen müssen:

1. Welche Regierungen hatten in der Vergangenheit am meisten jenen Zustand dauernder Kriegsbedrohtheit gefördert, unter welchem Europa vor dem Kriege jahrelang gelitten hat? Ferner und im Zusammenhang damit: 2. Welche Regierungen haben politische und wirtschaftliche Interessen verfolgt, welche nur durch einen Krieg verwirklicht werden konnten?

Was zunächst die zweite Frage anlangt, so können wir die Bemerkung nicht unterdrücken, daß künftig für die Antwort darauf wohl auch die Friedensbedingungen, vor allem diejenigen wirtschaftspolitischer und territorialer Art, welche jetzt zur Diskussion stehen, als Beweismaterial dienen werden, wenn auf ihnen behartet werden sollte.

Zu beiden für die Beurteilung des Problems entscheidenden Punkten aber ist das Folgende zu sagen:

Die frühere Deutsche Regierung hat nach unserer Ansicht schwere Fehler begangen, welche allerdings in durchaus anderer Richtung liegen, als in derjenigen, in welcher ein Teil der öffentlichen Meinung unserer Gegner sie sucht. Sie liegen insbesondere ganz und gar nicht in der Richtung einer „Prämeditierung" eines Krieges mit einer der gegnerischen Mächte seitens irgend eines politisch verantwortlichen deutschen Staatsmannes. Eine solche Politik hätte auch innerhalb des deutschen Volkes keinen Rückhalt gefunden. Es ist einer der beklagenswertesten Fehler eines Teiles der öffentlichen Meinung des Auslandes, die verwerflichen und verantwortungslosen Aeußerungen einer kleinen Gruppe chauvinistischer Literaten als Ausdruck der Gesinnung des deutschen Volkes zu behandeln, während leider weit größere Kreise anderer Länder in ihren Aeußerungen mindestens in gleichem Maße dem Chauvinismus huldigten.

Die wirklichen Fehler der deutschen Politik lagen weit zurück. Der 1914 im Amt befindliche deutsche Reichskanzler hatte eine politische Erbschaft übernommen, welche seinen rückhaltlos aufrichtigen Versuch, die internationale Lage zu entspannen, von vornherein fast zur Aussichtslosigkeit verurteilt, oder dafür doch ein solches Maß staatsmännischer Kunst und von allen Entschlußkraft verlangte, wie er sie teils nicht besaß, teils unter den Verhältnissen der damaligen deutschen Staatsordnung nicht zur Geltung bringen konnte. Es ist ein überaus schwerer Irrtum, moralische Schuld da zu suchen, wo in Wahrheit Nervosität, Schwäche gegenüber dem lärmenden Auftreten der oben bezeichneten kleinen, aber rücksichtslosen Gruppe, endlich mangelnde Fähigkeit zu schnellen und eindeutigen Entschlüssen in schweren Lagen Unheil entstehen ließen. Ueber die letzten, dem Kriegsausbruch vorausgehenden Zeiträume der deutschen Diplomatie wird eine mehrbändige, in mehrmonatlicher Arbeit hergestellte Publikation der Akten erschöpfende Auskunft geben. Jeder aber, der die Instruktion des Reichskanzlers aus der letzten Zeit vor dem Kriegsausbruch liest, wird dem vorstehenden Urteil beipflichten müssen. Die Deutsche Regierung hielt zunächst auf Grund der Darlegungen des Wiener Kabinetts eine österreichische militärische Expedition nach Serbien für im Interesse der Sicherung des Friedens unvermeidlich. Sie glaubte, das damit verbundene Risiko eines Eingreifens Rußlands mit seinen Folgen für ihre **eigene Bundespflicht auf sich nehmen zu müssen.** Sie hat bezüglich der Art der von Oesterreich an Serbien zu stellenden Forderungen dem Bundesgenossen zunächst ganz freie Hand gelassen. Sie hat dann, als auf das Ultimatum eine Antwort erfolgte, welche ihr selbst als genügend erschien, um jene Expedition dennoch zu unterlassen, diese ihre Ansicht zwar nach Wien mitgeteilt. Aber sie hat, offenbar in allzu großem Vertrauen auf die damalige Leitung der dortigen Außenpolitik, nicht sofort, sondern erst am Tage darauf, denn allerdings mit den denkbar äußersten Energien, die letzten Konsequenzen, die Abrufung der Versammlung der Bundeshilfe, gezogen. Ob freilich bei einem noch schnelleren Verfahren ein Weltkrieg vermieden worden wäre, ist nicht sicher.

Denn bezüglich der Verantwortlichkeit in dem jetzt hier zur Diskussion stehenden Sinne müssen wir feststellen: **Es gab in Europa unter den Großmächten jedenfalls eine, deren planmäßig viele Jahre vor dem Kriege**

verfolgte Ziele sich ausschließlich durch einen Angriffskrieg erreichen ließen,

und welche daher auf diesen bewußt hingearbeitet hat: den russischen Zarismus in Verbindung mit jenen sehr einflußreichen Kreisen Rußlands, welche in dessen Politik hineingezogen waren. Die schon einmal zitierten, zum Teil noch unbekannten Dokumente, insbesondere der Brief Sasanows an den Gesandten Hartwig in Belgrad, beweisen, daß die russische Regierung durch Instruktionen an ihre Vertreter in Belgrad und andere Mittel Serbien planmäßig auf den Weg der Eroberung auf Kosten des Territorialbestandes Oesterreich-Ungarns, auf dessen Gebiet Serbiens „serbisches Land" liege, hingeleitet und ein gemeinsames kriegerisches Vorgehen zu diesem aggressiven Zwecke in Aussicht genommen hatte. Wie nach Ueberzeugung der Unterzeichneten vollkommen evident ist, hat sie dies nicht aus uneigennütziger Freundschaft zu Serbien getan, sondern deshalb, weil sie im eigenen Interesse die Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns als politisches Ziel konsequent verfolgte. Sie war dabei ferner und vor allem von dem Bestreben geleitet, jedes Hemmnis für ihre eigene Ausdehnung auf dem Balkan und insbesondere für die Eroberung der Meerengen zu beseitigen. Daß sie die gewaltsame Aneignung nicht nur des Bosporus, sondern auch der Dardanellen planmäßig verfolgt und vorbereitet hat, ergeben die Dokumente. Dabei war ihr genau bekannt, daß es in Deutschland weder in der Regierung noch innerhalb der Nation irgend jemanden gab, der einen Krieg mit Rußland für wünschenswert erhalten hätte, dessen Aussichten allgemein, auch wie feststeht, von seiten der militärischen Autoritäten äußerst skeptisch beurteilt wurden und von welchen im Falle des Erfolges niemand irgendeinen greifbaren Vorteil erhoffte. Sie wußte andererseits aber auch, daß Deutschland der Donaumonarchie durch geschichtliche Bande, Bündnis und Verwandtschaft großer Teile der österreichischen Bevölkerung verbunden war, und daß sie also bei einem Angriff auf den Bestand jener Monarchie auch dem militärischen Widerstand Deutschlands begegnen werde. Sie hat für ihre Zwecke daher das 1892 geschlossene und 1912 durch eine Marinekonvention erweiterte Kriegsbündnis mit Frankreich und die weiter geschaffenen Verbindungen dazu benutzt, in einem ihr günstig scheinenden Moment den „Mechanismus der Entente" in Bewegung zu setzen und ihre Freunde in den längst beabsichtigten Krieg mithineinzuziehen. An diesem Punkte liegt

die wirkliche Ursache der Entstehung des Weltkrieges.

Wir betrachten es als ein teils durch Schicksal, teils aber durch Fehler unserer politischen Leitung herbeigeführtes schweres Mißgeschick Deutschlands, daß es durch den unvermeidlichen Gegensatz gegen den Zarismus auch mit Ländern in Gegensätze und schließlich in kriegerische Verwicklungen geriet, denen es durch starke Gemeinschaft geistiger Interessen verbunden war und mit welchen nach unserer Ueberzeugung eine Verständigung möglich war.

Es muß freilich nachdrücklich betont werden, daß die französische Regierung vor dem die Absicht einer Wiedererlangung von Elsaß-Lothringen niemals aufgegeben hatte, daß diese Absicht nur durch Krieg zu verwirklichen war und daß kein sicheres Mittel angegeben ist, durch welches mit der letzten französischen Regierung vor dem Kriege eine Verständigung über die Frage zu erzielen gewesen wäre. Dagegen standen sich die Ansichten der unter der Führung des Herrn Jaurès stehenden französischen Kreise einerseits und diejenigen der deutschen sozialistischen und bürgerlichen Demokratie andererseits vor dem Kriege außerordentlich nahe. Eine Einflußnahme jener Kreise im Sinne eines friedlichen Ausgleichs mit Deutschland war jedoch dadurch behindert, daß Frankreich durch das feste Bündnis an die Politik des Zarismus gekettet war. Die französische Regierung hat, wie die Dokumente ergeben, bei Gelegenheiten, welche Rußland in einen Konflikt mit Deutschland bringen konnten, keine Ratschläge gegeben, welche Rußland von seiner friedensfeindlichen Haltung grundsätzlich abbringen, mehrfach aber solche, welche es darin ermutigen mußten. So hatte der Botschafter Isswolski durch das Herrn Poincaré vorher vorgelesene Telegramm 389 vom 17. bzw. 18. November 1912 dem Minister Sasonow mitgeteilt, der französische Ministerpräsident erachte für den Fall einer Unterstützung Oesterreichs durch Deutschland im Balkankonflikt den Bündnisfall für gegeben. Am 25. Februar 1913 teilte der Botschafter Benckendorf seiner Regierung mit:

Von allen Mächten sei seinem Eindruck nach Frankreich die einzige, die einen Krieg ohne Bedauern sehen würde.

1914 erklärte schon am 24. Juli, also vor Abbruch der österreichisch-serbischen Beziehungen, der französische Botschafter der russischen Regierung, daß Frankreich, abgesehen von nachdrücklicher diplomatischer Unterstützung, nötigenfalls alle durch das Bündnis mit Rußland bedingten Verpflichtungen erfüllen würde.

Bei dieser Sachlage ist es durchaus unmöglich, aus dem Umstande, daß der Krieg gegen Frankreich militärisch offen geführt werden mußte, ihn auch politisch als einen Angriffskrieg Deutschlands gegen Frankreich hinzustellen. Frankreich war an den Zarismus festgebunden.

Was England anlangt,

so kann hier nicht erschöpfend untersucht werden, welche Schritte in der Vergangenheit die Regierungen hätten tun oder unterlassen sollen, um das unzweifelhaft beiderseits vorhandene, höchst verhängnisvolle wechselseitige Mißtrauen zu zerstreuen. Die englische Regierung hat oft erklärt, daß sie von der öffentlichen Meinung ihres Landes in ihrem Verhalten abhängig sei. In der öffentlichen Meinung Englands aber gab es eine sehr starke Strömung, welche darauf ausging, jede Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich zu hintertreiben. Wir verweisen auf die bekannten Worte des Herrn Lloyd George aus dem Jahre 1908, welche sich dagegen wenden mußten. Nur infolge dieses gegenseitigen Mißtrauens ist im Jahre 1912 die einzigende Formel zwischen dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg und Herrn Haldane nicht gefunden worden, und hier liegt auch der letzte Grund, weshalb es der deutschen Regierung 1914 unmöglich schien, den Konferenzvorschlag des englischen Außenministers anzunehmen. Wir geben unserseits ohne weiteres zu, daß nicht die Tatsache, wohl aber der schließliche Umfang und der Geist des deutschen Flottenbaues in den letzten Jahren in England Mißtrauen erregen konnten. Da dies gegenseitige Mißtrauen zweifellos einer der Hauptgründe der gesponnen Lage Europas war, so halten wir es für bedauerlich, daß kein Weg zu seiner Beseitigung gefunden wurde. Wir hätten daher sowohl ein anderes Verhalten Deutschlands gelegentlich der Haager Friedenskonferenzen, wie gelegentlich der Aussprache über die deutschen Flottenbaupläne gewünscht. Andererseits müssen wir es beklagen, daß durch bekannte und oft zitierte Aufsätze englischer Zeitschriften, durch das Treiben und den Einfluß der Northcliffe-Presse, durch Akte wie die Ablehnung der Kodification des Seerechts im englischen Oberhaus in Deutschland schweres Mißtrauen genährt wurde. Auch ist es unerfreulich, daß durch einen sehr tüchtigen amerikanischen Schriftsteller (Ghelen, Theodor of business enterprise 1914) die in einzelnen Kreisen aller Länder bestehende, nach unserer Ansicht völlig irrtümliche Theorie von der angeblichen Naturnotwendigkeit eines Handelskrieges eine gewichtige Unterstützung erhielt. So trieben sich die nationalistischen Agitationen der verschiedenen Länder gegenseitig in die Höhe. Angesichts dessen müssen wir es ganz besonders beklagen, daß durch die jetzt vorgelegten Friedensbedingungen die von uns bekämpfte Ansicht:

daß der Krieg von englischer Seite als ein Mittel zur Niederwerfung eines lästigen Konkurrenten vorbereitet und durchgeführt worden sei, voraussichtlich für alle Zukunft in der deutschen öffentlichen Meinung befestigt werden wird.

Für die Lage Deutschlands in dem Jahrzehnt vor dem Kriege war und blieb aber entscheidend, daß dieses Land in einem Zeitalter, welches noch kein Mittel zur Vermeidung von Kriegen kannte, einer kriegerischen Auseinandersetzung mit dem scheinbar unerschütterlich feststehenden Zarismus durch kein ehrenhaftes Mittel entgehen konnte ohne Preisgabe nicht nur unserer Vertragstreue, sondern auch unserer eigenen nationalen Unabhängigkeit. Das einzige Mittel wäre unter den damaligen Verhältnissen eine ganz feste und bindende Vereinbarung mit England gewesen, welche beiden Teilen Vertrauen einflößt und sowohl Deutschland als Frankreich vor jedem Angriffskrieg gesichert hätte. Wir müssen den Nachweis erwarten, daß eine solche Vereinbarung durch einen englischen Minister bei der öffentlichen Meinung Englands in den letzten Jahren vor dem Krieg nach durchzusetzen war gegenüber jenen Tendenzen, welche wir oben feststellen mußten. Wir wiederholen, daß wir jeden etwa noch nachweisbaren Schritt einer englischen Regierung auf diesem Wege als wertvoll anerkennen und jedes etwaige Ausweichen einer deutschen Regierung vor solchen Möglichkeiten für einen Fehler halten würden.

Der Zarismus, mit welchem eine wirkliche Verständigung vollkommen ausgeschlossen war, bildete das furchtbare System der Leibeigenschaft zu Menschen und Völkern, welches — bis zu diesem jetzt vorgelegten Friedensvertrage — jemals ersonnen worden ist. Nur als Verteidigungskrieg gegen den Zarismus hat 1914 das deutsche Volk, wie mit Recht namentlich die gesamte Sozialdemokratie damals erklärt hat, den Kampf einmütig und entschlossen aufgenommen. Auch heute, wo Deutschlands militärische Macht für immer vernichtet ist, halten wir diesen Abwehrkrieg für unvermeidlich. Mit dem Augenblick, in welchem das Ziel der Niederwerfung der zaristischen Macht erreicht worden war, der Krieg sinnlos. Wir würden seine Fortsetzung als einen Frevel der führenden Regierung bezeichnen, sobald uns zweifelsfrei nachgewiesen würde, daß die Gegner bereit gewesen wären, einen Frieden ohne Sieger und ohne Besiegte auf der Grundlage der Achtung der gegenseitigen Ehre mit uns zu schließen. Dafür fehlt bis heute der Beweis. Die Friedensbedingungen, welche dem Volke des auf demokratischer Grundlage erneuerten Deutschland im Gegensatz zu feierlichen Verheißungen gestellt worden sind, sprechen leider eine so schlimme Sprache für das Gegenteil, daß, wenn an ihnen festgehalten wird, es keinerlei Mittel geben wird, diesen Beweis temzuglaubhaft zu erbringen.

Versailles, den 27. Mai 1919.

ges. Hans Delbrück. Max Weber.
Max Graf Montgelas. Albrecht Mendelssohn-Bartholdy.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191906032-13/fragment/page=0002

Der Volksverrat an Posen

Aus den Kreisen der Posener Flüchtlinge erhält die „Deutsche Tagesztg." nachstehende Zuschrift, die über die in diesen Kreisen herrschende Stimmung keinen Zweifel läßt:

„Nach den deutschen Gegenvorschlägen verzichtet die Reichsregierung auf den größten Teil der Provinz Posen sowie der Hauptstadt Posen und auf Teile von Westpreußen zugunsten des polnischen Staates. Wir fragen: wer hat der Regierung das Recht gegeben, die Provinz Posen und Teile von Westpreußen an Polen abzutreten? Wer hat sie dazu in einem Angebot ermächtigt? Wir Ostmärker haben der Regierung keinen Zweifel gelassen, daß wir bei Deutschland bleiben wollen. Ist das eine Volksregierung, die 500000 Deutsche, die ein Land Jahrhunderte alter deutscher Kultur an den polnischen Fanatismus ausliefert? Kommt die Reichsregierung deutsche Interessen wahr oder nicht? Fort mit einer solchen Regierung, die ihre eigenen Volksgenossen verrät, die ihr die Treue gehalten haben!

Nun wissen wir deutschen Ostmärker, woran wir sind! Nun wissen wir, was wir von der „Reichsleitung" zu halten haben. Hat eine solche „Reichsregierung" noch das Recht, unseren Landesverrat vorzuwerfen? Wir Ostmärker haben der Regierung wissen lassen, daß wir uns dem polnischen Joch niemals beugen werden, sondern mit der Waffe in der Hand unsere Heimat uns zurückholen wollen. Jetzt aber ist es uns klar, warum die „Reichsleitung" durch Herrn von Gerlach den Grenzschutz aus Posen zurückzog, warum die Hallerschen Truppen nach Posen hineinließ: damit die Polen von sich aus das Land besetzen und losreißen sollen. Jetzt verstehen wir es, warum die Reichsregierung sich nicht einmal den Versuch gemacht hat, durch die neuen Staaten Material über das Deutschtum in Posen an die Entente in Versailles zu bringen, wie wir vor wenigen Tagen aus dem Munde eines amerikanischen Diplomaten erfahren haben. Die Reichsleitung scheint eben von vornherein gewillt gewesen zu sein, auf Posen zu verzichten. Die schönen Telegramme der Regierung waren nur Schall und Rauch zur Beruhigung der Bevölkerung und um sich den Sattel zu halten.

Nur an Oberschlesien hat die Regierung Interesse. Warum? Weil dort sozialdemokratische Arbeitermassen vorhanden sind, in Posen aber nicht. 70 000 Deutsche wohnen in der Stadt Posen. Auch auf sie wird ausdrücklich verzichtet. Dabei aber tut man so, als stünde man damit auf dem Boden des Wilsonprogramms. Wilson verlangte die Abtretung „von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnter Gebiete". Welche Gebiete gibt es in ganz Posen nicht. Das weiß die Regierung ganz genau. Das ist bereits 1848 festgestellt worden. Die Reichs- und Staatsregierung soll es sich nochmals gesagt sein lassen: Wir Ostmärker sind deutsch und lassen uns nicht an Polen abtreten. Dann erkennen wir diese Regierung als solche nicht mehr an — wir leben ja in einem Staate, in dem das Volk selbst bestimmt — wir werden uns unser Recht selbst suchen, ehe die Hallersche Armee gegen Posen und Westpreußen marschiert.

Wir Posener erkennen jetzt, was wahre Demokratie bedeutet: Unfähigkeit, nationale Rückgratslosigkeit und Volksverrat. Die Revolution hat Milliarden von Volksvermögen verredet. Warum soll ihre Regierung nicht auch Millionen deutschen Menschen verschachern? Entweder fort mit der Regierung, oder fort von der Regierung!

Frage und Antwort

Frage: Wie lange dauern die Haller-Transporte noch an?

Antwort: Bis die Verhandlungen in Versailles abgebrochen sind.

Frage: Wann werden die Verhandlungen in Versailles abgebrochen?

Antwort: Sobald genug Haller-Transporte durch sind.

Frage: Warum läßt Michel sehenden Auges das zu?

Antwort: Weil die Brille, durch die er schaut, ihm jeden Augenblick geraubt hat.

Frage: Wer lieferte ihm die Brille?

Antwort: Unsere kurzsichtigen Internationalen — — —

Oesterreichs Kriegsgefangene

Wien, 2. Juni.

Staatskanzler Renner erhielt ein Schreiben Clemenceaus, daß der Oberste Rat dem Ersuchen, General Slatin möge von der Kriegsgefangenenkommission der Entente gehört werden, Folge gab. Die persönliche Fühlungnahme Slatins mit der Kriegsgefangenenkommission wird voraussichtlich zur raschen Heimkehr der Kriegsgefangenen beitragen.

Der neue militärische Gruß. Eine vom Reichspräsidenten, dem Reichswehrminister und dem Preußischen Kriegsminister als Beauftragtem der Reichsregierung unterzeichnete Verordnung vom 1. Mai bestimmt über den militärischen Gruß u. a. folgendes: Vorgesetzte, im Dienstrang Höhere und Untergebene haben sich gegenseitig zu grüßen. Der Untergebene und Rangniedere soll den Gruß zuvorkommen. Werden mehrere Vorgesetzte usw. gemeinsam gegrüßt, so hat jeder einzelne den Gruß zu erwidern. Von einseitigen Grußzwang des Untergebenen gegenüber dem Vorgesetzten gibt es nicht; beide sind zum Gruß verpflichtet. — Die gleiche Grußpflicht besteht zwischen Angehörigen des Heeres und der Marine. Der Gruß wird von allen Heeresangehörigen in der Bewegung, im Stehen und im Sitzen durch Anlegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung und freies Ansehen des Gegrüßten ausgeführt. Fahrbewegungen mit der Peitsche, Reitstock und dergleichen sind unzulässig. Radfahrer, Kutscher und Kraftwagenführer sind während der Fahrt vom Gruß befreit. — Posten vor der Wohnung des Reichspräsidenten, des Ministerpräsidenten und des Reichswehrministers erweisen auch diesen den vorgeschriebenen Gruß durch Stillstehen.

Ausland Berliner Eisenbahner. (Drahtmeldung.) Der gesamte Betrieb auf den Strecken der Berliner Ostbahn ist seit gestern, da sowohl das Fahrpersonal als auch die technischen Angestellten in den Ausstand getreten sind. Es handelt sich um Lohnfragen.

Schließung der Hochschulen. Eine allgemeine Versammlung der Professoren und Studenten der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin beschloß, zu erklären, sie erwarte, daß die Reichsregierung zur Schließung der gesamten deutschen Universitäten und Hochschulen schreiten werde, ehe die Ehre, Kultur und Existenz des deutschen Volkes aufgegeben werde. Man sei festen Willens, alsdann mit der Waffe für das Vaterland einzutreten.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Forderungen der englischen Arbeiter

Die Antwort eines Ministers.

* Die „Daily Mail" vom 22. Mai 1919 bringt einen sehr interessanten, für uns Deutsche besonders lehrreichen Bericht über die Stellungnahme der Kohlen-Industrie Englands zu einem Gesetzentwurf betr. Löhne und Arbeitszeit, dem „Sankey Report" vom 20. März 1919.

Darin werden insbesondere folgende Forderungen aufgestellt:

1. Verminderung der Arbeitszeit von 8 auf 7 Stunden täglich, ausschließlich Ein- und Ausfahrt, für Grubenarbeiter, ab 16. Juli 1919; falls die Rentabilität der Industrie es gestattet, eine weitere Verminderung der Arbeitszeit auf 6 Stunden ausschließlich Ein- und Ausfahrt, wie oben, vom 13. Juli 1921 ab.
2. Erhöhung der Löhne um 2 s pro Schicht oder Tag für Erwachsene, um 1 s für Arbeiter unter 16 Jahren.
3. Des Zugeständnis für die Kohlenarbeiter (Bergleute) auf tatsächlichen Einfluß in der Betriebsleitung (Sitz und Stimme).
4. Abgabe von 1 d pro Tonne geförderter Kohle zur Besserung der Wohnungs- und Lebensverhältnisse der Bergarbeiter.
5. Einschränkung des Gewinnes der Grubenbesitzer auf 1 s 2 d pro Tonne geförderte Kohle.

Im wesentlichen sind diese Forderungen im Stile der Forderungen deutscher Bergarbeiter gehalten. Wie hier, so kommen auch drüben die verantwortlichen Leiter der in Frage stehenden Betriebe zu der Ansicht, daß die Durchführung dieses Programms den Ruin des Kohlenbergbaues, zum mindesten einen gewaltigen Rückschlag in der Produktion und damit Hand in Hand gehend eine Verteuerung für den Verbraucher bedeuten.

Bekanntlich ist die Kohle nun aber einmal die Grundlage für fast die gesamte technische Industrie, was in erhöhtem Maße für das an Wasserkräften arme Deutschland gilt. Eine Verteuerung der Hauptenergiequelle, der Kohle, bedeutet also eine Verteuerung fast aller anderen Industrieprodukte, also eine Verteuerung der gesamten Lebensführung. Selbstverständlich bleibt die Verteuerung der Kohle nicht ohne Einfluß auf die Preise der Lebensmittel. Nicht nur mittelbar, sondern direkt durch erhebliche Verteuerung der Düngemittel, deren wir um so weniger entraten können, als der Vernichtungswille unserer Feinde uns weiter, fruchtbarer Gebietsstrecken im Osten berauben will und wird.

Mr. Innes schreibt: „Falls der durch diesen Gesetzentwurf entstehende Ausfall (an Ertrag) nicht von der Industrie getragen wird (die diese Belastung nicht erträgt), so gibt es nur zwei gangbare Wege zur Abhilfe — entweder die Industrie durch eine Steuer zu unterstützen, oder die Kohlenpreise zu erhöhen. In jedem Fall ist der Verbraucher der Zahlende."

In weit höherem Maße als für England trifft dieses für das wirtschaftlich sowieso zerrüttete Deutschland zu!

Interessant ist nun die Stellungnahme führender englischer Staatsmänner zu diesem vielerörterten Problem. Unser Gewährsmann führt da eine Unterredung vom 19. Mai 1919 mit Mr. Asquith an, der sich folgendermaßen ausließ: Ich bin kein Pessimist, ich bin es niemals gewesen und werde es nie sein, aber ich würde meinen Landsleuten den tatsächlichen Zustand meiner Gefühle verhehlen, wenn ich ihnen nicht vollkommen offen heraus, mit tiefer Aufrichtigkeit und fester Ueberzeugung sagen würde, ich, der ich auf eine so lange Erfahrung im öffentlichen Leben zurückblicke, als irgend einer, daß ich das Land niemals einer schwereren und ernsteren Situation gegenübergestellt sah. Es ist zwecklos, Straußenpolitik zu treiben. Es ist zwecklos, uns in einen leichten, trügerischen Optimismus zu hüllen, der leichthin unseren Hoffnungen glaubt, daß wir uns irgendwie durchschlagen werden. Eine schwerere und ungeheuerlichere Situation hat es nie für dieses Land gegeben im Verlaufe seiner langen und wechselvollen Geschichte. Es gibt einen Weg, und nur einen Weg, auf dem Wohlstand geschaffen werden kann — durch Produktion; nur einen Weg, auf dem nationale Wohlfahrt erhalten und befestigt werden kann — durch gesundes Finanzwesen, durch sparsame Ausgaben, durch Erziehung des Volkes, es auf der Höhe der fortschreitenden Entwicklung und Nutzbarmachung der wissenschaftlichen Forschungsergebnisse zu halten, durch Betrachten der Subordination als Staatspflicht in dieser Zeit, wie überhaupt durch Ausschaltung aller Sonderinteressen und Forderungen — sei es der Arbeiterschaft oder des Kapitals, dieser oder jener Volksschicht —, auf daß durch zusammengefaßtes und einiges Hand-in-Handarbeiten wir einen glücklichen Ausweg aus all diesen Schwierigkeiten finden mögen, ja sicherlich finden werden.

Könnte ein deutscher Staatsmann sich besser ausgedrückt haben, besser die Pflichten der Stunde erkannt und zur Befolgung nahegelegt haben? Dabei sind unsere wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ungleich verwickelter! Und sollten wir mehr Aussicht auf Erfolg in der Behandlung derartig tief in das Wirtschaftsleben einschneidender Probleme haben, weil unsere allgemeine wirtschaftliche, politische und finanzielle Lage eine ungleich traurigere ist? Wenn für ein Gemeinwesen der Welt, dann heißt es für uns: arbeiten, zusammenarbeiten, Zusammenschluß und Subordination, auf daß wir Erhöhung der Produktion und Konkurrenzfähigkeit erlangen.

Gesellschafts-Abschlüsse

* **Kalkwerk Krügershall, Halle.** In der heute stattgefundenen Generalversammlung wurde einstimmig die Ausgabe von 1,2 Millionen 5 prozentiger Obligationen, rückzahlbar zu 103 Prozent, beschlossen. Die Anleihe soll an zweiter Stelle hypothekarisch eingetragen werden. Frühester Kündigungstermin 1. Januar 1923, letzter 1. Januar 1948. Als Sicherheit werden 400 Kuxe von Salzmünden verpfändet. Begründet wird die Anleihe durch die Mindererträgnisse seit den Novembertagen, die dem bisher gut stehenden Unternehmen bis zum 1. April einen Verlust von zwei Millionen brachten. Weiter wurden einige Satzungsänderungen genehmigt, sowie die Uebernahme der Antiemensteuer auf die Gesellschaft, ebenso die Tagegelder des Aufsichtsrates.

Badische Anilin- und Soda-Fabrik in Ludwigshafen. Die Gesellschaft wurde Ende November 1918 durch die Einstellung der Heereslieferungen gezwungen, zahlreiche Betriebe stillzulegen und unter erheblichen Kosten in die Friedenswirtschaft umzustellen. Infolge Kohlenmangels kamen Ludwigshafen und Oppau zum Erliegen, und es ist bis zum Augenblick nicht möglich gewesen, die Fabrikation wieder ganz in Gang zu setzen. Auch der Betrieb der Merseburger Fabrik wurde vom Dezember vorigen Jahres ab durch Streik und Kohlenmangel gestört. Der Betriebsgewinn stellte sich auf 67,04 Millionen Mark (im Vorjahre 58,24 Millionen Mark). Im Vorjahre wurden außerdem an Zinsen 1,70 Millionen Mark vereinnahmt, während für 1918 Zinsenausgaben in Höhe von 15 318 Mk. ausgewiesen werden. Die Generalunkosten haben sich beinahe verdoppelt, und zwar auf 15,36 Millionen Mark. Die Abschreibungen sind von 21,21 auf 40,6 Millionen Mark gestiegen. Es verbleibt somit nur ein Ueberschuß von 14 686 154 Mk. (33 251 152 Mark), woraus 12 Proz. gegen 20 Proz. Dividende verteilt werden. Vorgetragen werden 3,44 (3,83) Millionen Mark. (Im Vorjahr wurden überdies dem Reservefonds 5 Millionen Mark, dem Kriegsinvalidenfonds 2 Millionen Mark und dem Arbeiterunterstützungsfonds 1 Million Mark überwiesen.) In der Bilanz sind die Vorräte mit 80,56 (63,87) Millionen Mark ausgewiesen. Die Beteiligungen an fremden Unternehmungen erhöhten sich von 46,32 auf 59,22 Millionen Mark. Kasse, Wechsel und Bankguthaben verminderten sich von 85,57 auf 67,27 Millionen Mark, die Debitoren von 90,18 auf 58,75 Millionen Mark. Ein starkes Anwachsen zeigen die Kreditoren, und zwar von 249,69 auf 461,65 Millionen Mark.

Akt.-Ges. für Anilinfabrikation in Berlin. Im Geschäftsjahre 1918 ist der Bruttogewinn von 16 301 265 Mk. auf 13 700 319 Mk. zurückgegangen. An Löhnen, Gehältern usw. sind im abgelaufenen Jahre 8,7 Millionen Mark mehr verausgabt worden als in 1917. Nach Abzug der Generalunkosten von 5 192 411 Mk. (3 061 887 Mk.) und nach Abschreibungen von 4 231 384 Mk. (4 900 865 Mk.) verbleibt für 1918 nur ein Ueberschuß von 4 972 769 Mk. gegen 8 931 139 Mk. in 1917. Die Dividende (im Vorjahr noch 18 Proz.) wird mit 12 Proz. in Vorschlag gebracht. Dem Arbeiter- und Beamtenunterstützungsfonds werden 246 000 Mark (500 000 Mk.) zugeführt. Im Vorjahr wurden außerdem der Beamtenpensionskasse 500 000 Mk. und 1 Million Mark der Kriegsmehlfahrtsreserve zugewiesen. Ueber die Aussichten des laufenden Geschäftsjahres sagt die Verwaltung, daß das Ergebnis des ersten Vierteljahres 1919 für die Interessengemeinschaft äußerst befriedigend sei. Es brauche nur darauf hingewiesen werden, daß die Betriebe von sechs Firmen der Gemeinschaft in dem vom Feinde besetzten Gebiete liegen. In der Bilanz werden Vorräte mit 14,6 (11,6) Millionen Mk. ausgeführt. Kasse, Wechsel und Bankguthaben haben sich von 33,0 auf 24,6 Millionen Mark verringert, desgleichen Effekten von 22,1 auf 13 Millionen Mark. Die Debitoren dagegen sind von 23,5 auf 40,5 Millionen Mark gestiegen. Kreditoren werden mit 39,7 (30,7) Millionen Mark aufgeführt.

Verschiedene Mitteilungen

Gegen die Kapitalabwanderung. Nach Zulassung des Postverkehrs durch die Entente zwischen besetztem Gebiet und Ausland hatte Deutschland ersucht, Postüberwachungsstellen im besetzten Gebiet einzurichten, um die Abwanderung von Devisen und Kapitalien ins Ausland zu verhindern. Dabei stellte sich heraus, daß die britische Besatzungsbehörde selbst die Postüberwachung zu übernehmen beabsichtigte und um Zuweisung eines Bankfachverständigen ersuchte. Auf die Entgegnung, daß ein einziger Sachverständiger nicht genüge, den sicher umfangreichen geschäftlichen Briefwechsel zu überwachen, erwiderte England, daß nie beabsichtigt gewesen sei, dem Bankfachverständigen Ueberwachungsbefugnisse zu erteilen. Er sollte lediglich beratende Befugnis erhalten. Daraufhin hatte die deutsche Regierung mehrmals Beschwerde über die Maßnahmen der Alliierten geführt, welche die Durchführung der deutschen Vorschriften über das Verbot der Kapitalabwanderung ins Ausland fast unmöglich machten, und dabei eine Reihe von Beispielen angeführt. Sie verlangt, daß die Besatzungsbehörden die deutschen Verordnungen achten, und fordert nochmals, daß er Tätigkeit des deutschen Grenzüberwachungsdienstes und der Errichtung deutscher Postüberwachungsstellen kein Hindernis bereitet werde.

Die Vermögensverzeichnisse. Nach einer Bekanntmachung des Reichsfinanzministers kann die Frist für die Aufstellung des Vermögensverzeichnisses allgemein bis zum 30. Juni d. Js. verlängert werden. Steuerpflichtige mit einem Vermögen von weniger als 10 000 Mark sollen zur Aufstellung und späteren Einreichung eines Vermögensverzeichnisses nicht angehalten werden. Bei den Wertpapieren einschließlich der Schuldbuchforderungen wird auf die Einsetzung der Kursteuerwerte und Gesamtwerte verzichtet. Bei verschieden großen Stücken der gleichen Wertpapiere genügt in der Spalte Stückzahl die Eintragung diverse Stücke, in der Spalte Nennwert ist unter allen Umständen nicht der Nennwert der einzelnen Stücke, sondern der gesamte Nominalbetrag der betreffenden Wertpapiere anzugeben.

Neuer Angestelltenkündigung. Eine Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 30. Mai bestimmt, daß bei Kündigung von Angestellten nicht nur in den im § 9 der Verordnung vom 24. Januar vorgesehenen, sondern in allen Fällen der Angestelltenausschuß oder die sonstige Angestelltenvertretung zur Mitwirkung herangezogen werden muß. Von dieser Vergünstigung werden auch diejenigen Angestellten betroffen, deren Entlassung zum 31. Mai ausgesprochen worden war.

Betriebsstillegung. Die Verwaltungen der zu der Gruppe Konsolidierte Alkaliwerke Westeregeln gehörenden Kaliwerke Georg und Anstrut legten ihre Betriebe still, da infolge des passiven Widerstandes der Bergleute die Förderung seit dem 22. Mai auf ein Viertel sank und die an sich schon mit einem Verlust arbeitenden Werke sonst dem finanziellen Zusammenbruch zugeführt würden.

Kein Benzin und Benzol. Wie allgemein bekannt ist, fand seit Ende Oktober die Benzinzufuhren aus Rumänien und Galizien infolge der politischen Ereignisse ausgeblieben. Da mit der zur gleichen Zeit einsetzenden Einschränkung der Kohlenförderung auch die Benzolerzeugung sank, so mußten die auch vorhandenen Benzin- und Benzolvorräte in stärkstem Maße zur Deckung des Bedarfs herangezogen werden. Jetzt sind die bescheidenen Bestände aus der Kriegswirtschaft aufgebraucht, und man ist bis zum Zeitpunkt, wo Benzin eingeführt werden kann, lediglich auf die laufende Benzolerzeugung angewiesen. Durch die letzten großen Streiks im Ruhrgebiet und in Oberschlesien sind die Kokösöfen, die an sich schon durch die forcierte Kriegserzeugung gelitten haben und nicht gründlich erneuert waren, zum Teil still gelegt worden und dadurch zusammengebrochen. Ihr Aufbau kann erst in sechs bis acht Wochen beendet sein. Während dieser Zeit ist nur mit einem Drittel der normalen Friedens-, einem Viertel der Kriegserzeugung zu rechnen. Es muß deshalb in den nächsten Wochen eine starke Abdrosselung selbst der für die Volkswirtschaft wichtigsten Betriebe erfolgen, und zwar können nur die Betriebe, die für die Ernährung und die Kohlenförderung von äußerster Wichtigkeit sind, beliefert werden. Alle anderen Verbraucherkreise müssen bei der gegenwärtigen katastrophalen Lage der Betriebsstoffwirtschaft völlig leer ausgehen. Besondere Kontrollen sind eingerichtet worden, um den Abfluß von Benzol in den Schleichhandel und damit in für die Volkswirtschaft minder wichtige Kanäle zu verhindern.

Konkurse im Mai. Nachdem im April die Anzahl der Konkurseröffnungen eine Ermäßigung erfahren hatte, ist im Mai wieder eine kleine Steigerung zu verzeichnen. Es wurden nach einer Zusammenstellung der Finanzzeitschrift „Die Bank" im Mai 92 Konkurse eröffnet, gegen 75 im April und 73 im Mai 1918.

Zur Notlage der Zigarettenindustrie. Wie man uns mitteilt, sind die Rohtabakvorräte der deutschen Zigarettenindustrie derart gering, daß im Juli sämtliche Zigarettenfabriken ihren Betrieb einstellen müssen. Die Ursache des Mangels an Rohtabaken liegt daran, daß die Reichsbank wegen der schlechten Baluta die Einfuhr von Tabaken nicht genehmigt.

Bochumer Bergwerks Akt.-Ges. Da der Fortbestand der Zechen der Gesellschaft durch aus der Schweiz zur Verfügung gestellte Kapitalien sichergestellt ist, beantragte die Gesellschaft beim Amtsgericht die Aufhebung des Konkursverfahrens.

Elbschiffahrt. Am 2. Juni traf Dampfer Friedrich in Aken ein.

Hauptschriftleiter: Helmut Wittmer (Merseburg).
Verantwortlich für den politischen Teil: L. H. Hans Heilings; für Volkswirtschaft und Sport: Hans Heiling; für den sonstigen übrigen redaktionellen Teil: Adolf Werner.
Anzeigenteil: Paul Korthen; sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Halleschen Zeitung Otto Thiele, Halle a. S.
Verlagsdirektor: Robert Voepel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191906032-13/fragment/page=0003

ZEISS

Punktal Gläser

Liefert zu Originalpreisen die optische Anstalt

Karl Schneider

45 Gr. Ulrichstraße 45.

Prospekte kostenlos.

Hippodrom

Wintergarten

Dir.: Georg Arndt.

Infernat. Ringkampf-Konkurrenz.

Heute Dienstag abend 8½ Uhr:

Grosser Boxkampf

Heisse gegen **Urbansky**

Amateur-Weltmeister — Meisterringer u. Boxer v. Polen.

Ferner ringen:

Buchheim gegen **Jaeneck**

Urbansky gegen **Pache.**

Entscheidungskämpfe

Gemel gegen **Metzner**

van der Heyd gegen **Axel Schmidt.**

Wer wird siegen?

Eintrittskarten an der Tageskasse im Vorverkauf 11—1 Uhr. Telephon 2185.

Der Reitsport findet tägl. b. gut. Wetter ab 4 Uhr in d. schön., schattigen Garten des „Wintergartens" statt.

Vorzügliches Pferdematerial. Gute Speisen und Getränke.

Hohenzollernhof,

Magdeburgerstrasse 65.

Täglich Künstler-Konzert

allerersten Ranges.

Herren- u. Speisezimmer — Altrenommierte Möbel-Fabrik — Schlafzimmer — Küchen in jeder Preislage

C. Hauptmann

Kl. Ulrichstr. 56a u. b.

Cigarren,

rein überseeischer Tabak.

Preislage 90, 100, 110, 120, 130, 140, 150 Mk. pro 100 Stück.

350 Stück sortiert gegen Nachnahme 422 Mk.

Engelmann, Cig.-Versandhaus, Unterloquitz.

Nervöse Schlaflosigkeit wird behoben durch

Angloval

(Extr. Valerian. cps.)

nur aus Pflanzenstoffen bereitet.

Preis: 4.—

Generaldepot: Hohenzollern-Apotheke, Berlin W 10, Königin Augustastr. 50. Telefon Lützow 136.

Zu beziehen durch jede Apotheke.

Wratzke u. Steiger, Hoflieferanten, Poststr. 9/10.

Juwelen — Gold — Silber.

Der Glanz bleibt

auch bei nassem Wetter auf Ihren Schuhen, wenn Sie Dr. Gentner's Oelwachslederputz

Nigrin

verwenden, denn Nigrin ist wasserbeständig, während gewöhnliche Wasserkrem sich im Regenwasser schwarz auflöst und alles beschmutzt.

Hersteller, auch des so beliebten Parkett- und Linoleumwachses „Roberin": Carl Gentner, Göppingen (Württbg.).

Oberwien & Co., Talamtstraße 2.

An die Orts-Bauern- und Landarbeiterräte des Saalkreises.

Die Mitglieder sämtlicher Orts-Bauern- und Landarbeiterräte, sowie alle Landwirte des Saalkreises werden zu einer

Versammlung

am

Donnerstag, den 5. Juni d. J., vormittags 10 Uhr

nach dem Gasthof „Rotes Roß" in Halle a. S. eingeladen.

Zweck der Versammlung: Aussprache über die Lage der Ernährung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf Grund der bisherigen gesetzlichen Verordnungen.

Berichterstatter:
für die Kreis-Getreide- und Kartoffelstelle Herr **Bosse, Halle,**
für die Kreisfleischstelle Herr **Zecher,**
für die Kreisfettstelle Herr **Molkereidirektor Dechow, Niemberg.**

Der Wichtigkeit der Verhandlungen wegen wird um zahlreiches Erscheinen dringend ersucht.

Der Vorsitzende des Kreis-Bauern- und Landarbeiterrates.
F. Heinrich.

Pianola-Pianos **Pianola-Flügel**

mit dem vorbildlichen und ersten Klavierspielapparat der Welt

Ducanola-Pianos **Ducanolä-Flügel**

mit erstklassigem **deutschen** Apparat und **andere deutsche Systeme** modernster Art habe in Auswahl von etwa 20 Instrumenten ständig auf Lager. Die Apparate sind eingebaut in Fabrikate von Weltruf wie

Blüthner, Steinway & Sons, Ibach,

ferner **Steck, Förster, Irmler, Feurich, Geyer, Hupfer, Kaps, Kuhse, Grotrian-Steinweg,** sofort lieferbar.

Elektrische Kunstspielapparate in höchster Vollendung: — Duca und Mignon. —

Auswahl in sämtlichen Holz- und Stilarten. — Grösstes Lager von handgespielten künstlernotenrollen. — Günstige Notenrollen-Abonnements.

B. Döll, Klavierhandlung, Gr. Ulrichstr. 33/34.

— Auf Wunsch Broschüren. —

Die **Blutlaus** vertilgt radikal nur **Antisual I.** Die Blutlauskolonien w. mit der gebrauchsfertigen Lösung nur bestrichen.

Gegen die **Mehltau** an Obstbäumen, Weinstöcken, Rosen usw. hilft einzig nur die Bestäubung der befallenen Stellen mit **Prä-Schwefel.**

Ungeziefer- Vertilgungsmittel für Obst- u. Gemüse-Gärten.

Max Krug, Samenhandlung, Talamtstr. 3, am Hallmarkt.

Alle **Raupen** u. blattfressende Ungeziefer werden sofort getötet durch Bespritzung mit **Urania-Grün.** Nur gegen Giftschein erhältlich.

Die **Blattlaus** wird vernichtet durch **Antisual II** und **Parasitol.**

Stadt-Theater

Mittwoch, d. 4. Juni 1919. Anfg. 7½, Ende 10¼ Uhr:

Martha

Oper von Flotow.

Donnerstag: Anf. 7 Uhr:

Lohengrin.

Deutscher Offizier-Bund

Ortsgruppe Halle.

Am **4. Juni** findet eine **Versammlung** der Ortsgruppe im Mozartsaal, Weidenplan, abds. **8 Uhr** statt, in der Herr Dr. Hoffmann-Kutschke einen Vortrag über: „Die arische Rasse in der Kriegsgeschichte" halten wird. Zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder mit ihren Angehörigen ist erwünscht. Gäste sind gern gesehen. Auch werden die Kameraden, die in Halle in Lazarettbehandlung sind, um ihr Erscheinen gebeten.

— In 4 Wochen 10 000 Exemplare versandt! —

Haben Sie ein Vermögen?

Bis 31. Mai ist die Frist zur Aufstellung von Vermögensverzeichnissen verlängert worden! Säumen Sie nicht länger und beziehen Sie den besten Berater und Aufklärer, das Werk:

Die große Vermögensabgabe!

Wie berechne ich mein Vermögen nach den neuen Kriegsabgabegesetzen? Welche Abzüge sind gestattet?

Berechnung des Wertes des Grunds und Gebäudebesitzes, Kapital- und Betriebsvermögen, Behandlung von Erbschaften, Schenkungen, Renten, Mitgiften, Ausstattungen, Aussteuern, Luxusgegenständen, Anschaffungen, Rücklagen, stillen Reserven, Abschreibungen, Verschiebungen, Schulden usw.

Anträge auf Beseitigung besonderer Härten (Härtedurchgrach), Generalpardon — Zahlungsweise — Die Auskunft der Banken und Sparkassen — Steuerfreie Konfuntschen.

Zweckzusammengehörige u. nur zusammen beziehbare Broschüren.

Verfasser: R. Ritter, Dr. jur. C. Emge, E. Kenchel

Preis 10 Mk. u. 20 Pfg. Porto direkt oder durch jede Buchhdlg!

Deutscher Verlag G. m. b. H. Würzburg.

Erdener Treppchen!

Kleine Klausstraße 7. Nähe des Marktes.

Behagliche Weinstuben.

Künstlerische Unterhaltungsabende.

Gegen Voreinsendung Mk. 150 per Postanw. od. Scheck übersenden franko

fünf Kilo-Postpaket assortierte

Ia. SCHWEIZER ESS-SCHOKOLADE.

Waren-Versandhaus „Plutos", Zürich, Tiefenhöfe 11.

Preussischer Beamtenverein.

Die Kohlenstelle, Thielenstraße 2, nimmt von den Mitgliedern Bestellungen an auf

Brennholz.

Walhalla-Operetten-Theater.

Anfang 8 Uhr

Fritz Steidl-Gesellschaft

Die Hochzeit des Maharadscha

Gr. Ausstattungsschau in 6 Bildern von Berg

Musik v. Viktor Holländer

Kasse 10-1½ u. 4-6.

Apollo-Theater,

Operett.-Gastspiel des Kölner Metropoltheaters.

Tägl. abds. 8 Uhr:

„Wo die Lerche singt . . . ."

Operette v. Fr. Lehár.

Vilma . . Emmy Sturm a. G.

Vorverkauf 9—1 u. 5—½7.

Haus- u. Grundbesitzer-Verein e. V. Halle a. S.

Donnerstag, den 5. Juni cr., abends 8½ Uhr findet im Restaurant **„Mars-la-Tour"**, Große Ulrichstraße 10, eine

Monats-Versammlung

statt und bitten wir um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

Tagesordnung:
1. Vortrag über die Verordnung zur Aufstellung des Vermögensnachweises (Herr Rentner R. Pfaffe).
2. Bericht über die Verbandstage (Herr Justizrat Herzfeld).
3. Sonstiges.

Der Vorstand.

Deutsche Männer

schützt Euer Vaterland gegen die anstürmenden Horden des Bolschewismus.

Tretet ein bei der

1. Garde-Res.-Division

(Kurland).

Abzeichen: Silbernes Eichgeweih.

Eingestellt werden alle Waffengattungen, besonders gebraucht werden:

M.-G.-Schützen, Minenwerfer, Nachrichtenpersonal, Handwerker und Schreiber, Kraftfahrer, Kavalleristen, Fahrer,

Bedingungen: Mobile Löhnung nach dem Dienstgrad und Verpflegung, freie Unterkunft, 5 Mark tägliche Reisezulage und nach Ueberschreiten der Landesgrenze 4 Mark tägliche Baltenzulage. Spätere Ansiedelungsmöglichkeiten in Kurland. Verleihung des Eisernen Kreuzes und Balkenkreuzes. Nur Freiwillige mit einwandfreien Militärpapieren werden eingestellt. Nach Einsendung der Militärpapiere wird Fahrtausweis zugeschickt. Fahrtgelegenheitung nach Einstellung beim Truppenteil. Meldestelle beim Ers.-Batl.-Stab Fürstenwalde bei Berlin, Ulanen-Kaserne und Naumburg a. d. Saale, Batl.-Geschäftszimmer Jäger-Batl. 4 (Alte Jägerkaserne) vormittags 9—1 Uhr bei Leutnant v. Paris.

Englisch u. Französisch

v. Roenne, Uleistraße 14.

Unterricht nach eigenem System im Anschluß an das praktische Leben, beruhend auch auf gründlicher Wiederholung und grammatischer Durchbildung. — Lange Lehrtätigkeit.

Honorar 2 Mk. Sprechzeit Sonntags ½1—2 Uhr.

Bad Wittekind.

Mittwoch, den 4. Juni, abends 8 Uhr

Extra-Konzert,

ausgeführt von der Kapelle des Füsilier-Regiments Nr. 36.

Leit.: Kapellm. O. Haupt.

Eintrittspreise:
Für Erwachsene 75 Pfg.
Für Kinder 40 Pfg.

Nachzahlung für Abonn.: Erw. 50 Pf., Kinder: 25 Pf.

Thalia-Säle

Donnerstag, den 5. Juni, abends 8 Uhr:

Brauchen wir im neuen Deutschland noch Religionsunterricht in der Schule?

Redner: Bundesdirektor **Winkler**-Oels.

Freie Aussprache.

Eintritt 20 Pf.

Bund Haus u. Schule (Franckebund).

Gebr. Bethmann

Werkstätten für Wohnungskunst

Halle a. d. S.

Große Steinstraße 79-80.

Bequeme Polstermöbel.

Seidene

Damen-Blusen

kauft man preiswert bei

H. Schnee Nachf., Gr. Steinstraße 84.

Kaufmann mit Lagerhaus sucht noch für einige Firmen Einkauf in Hamburg zu übernehmen. Angebote erbeten an Paul Schormann, Hamburg, Harieuthalerstraße 116 II.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191906032-13/fragment/page=0004

Halle und Umgebung

Halle, 3 Juni.

Die Politisierung des Magistrats

Ein kommunales Notgesetz.

Den Hauptgegenstand der Debatte in der gestrigen Stadtverordnetensitzung bildete der Antrag der Unabhängigen Sozialisten auf Entsetzung des gesamten Magistrats, der besoldeten wie der unbesoldeten Stadträte. Der Erfolg des Vorstoßes war, wie berichtet, der, daß die unbesoldeten Stadträte ihre Posten verloren, und daß die Fraktionen sich den Raub teilen werden. Was im Halleschen Stadtparlament aus eigener Initiative unternommen und erreicht worden ist, soll, wie mit gewisser Bestimmtheit verlautet, von Regierungs wegen demnächst gesetzlich durchgeführt werden. Die „Sozialistische Korrespondenz" will erfahren, daß ein Notgesetz unterwegs ist, das folgenden Wortlaut hat: „Bis zum 1. August d. J. müssen sich alle unbesoldeten Magistratsmitglieder und Gemeindevorstände einer Neuwahl unterziehen. Bei der Neubildung der obersten Gemeindeverwaltung ist nach dem Verhältniswahlrecht zu verfahren. Zugleich wird die Arbeit an der neuen, grundsätzlich demokratischen Gemeindeverfassung so beschleunigt werden, daß sie noch in diesem Jahre zum Gesetz erhoben werden kann." Der gestern verhandelte Antrag Albrecht (Unabh. Soz.), der die Demission des gesamten Magistrats forderte, fiel bekanntlich zugunsten eines Antrages der Rathaus-Rechtssozialisten, der sich auf die Forderung der Amtsniederlegung der unbesoldeten Stadträte beschränkte; man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Antragsteller Kenntnis der Regierungsabsichten hatten.

Wie es heißt, soll das vorzitierte Notgesetz den Fortfall der kommunalen Arbeiterräte rechtfertigen, um deren Existenz zwischen Regierung und Unabhängigen noch immer gekämpft zu haben scheint. Der ganze Vorgang, der die beschleunigte „Demokratisierung" der Gemeindeverwaltungen verwirklichen soll, kann im Sinne des Gemeinwohls der Kommunen nur bedauert werden. Nicht die „Demokratisierung", sondern die Politisierung der Gemeindeverwaltungen wird damit durchgeführt. Gleichzeitig besteht die Gefahr, daß der Dilettantismus sich in der Kommunalverwaltung immer breiter macht, wenn jetzt, wie es nach dem gestrigen Beschluß der Stadtverordneten geschehen wird, mit einem Schlage an Stelle erfahrener und bewährter Ehrenbeamter durchweg neue, für diese ihre Aemter noch unerprobte Männer in den Magistrat gesandt werden. *

Sind die Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse vollstreckbar?

Nach dem „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst" bestanden bereits Schlichtungsausschüsse, deren Tätigkeit bei nur wenigen Arbeitgebern in angenehmer Erinnerung sein wird. Jene Ausschüsse haben durch ihre Entscheidungen, wenn auch ungewollt, mit an der Schraube gearbeitet, die noch heute in lebhafter Umdrehung ist, nämlich an der Steigerung der Löhne. Die Abschaffung des Gesuches eines Arbeiters um den Abkehrschein war eine Seltenheit, denn sein Bestreben, sich „wirtschaftlich zu verbessern", wurde meist anerkannt.

An maßgebender Stelle scheint man sich der Schlichtungsausschüsse und ihrer Tätigkeit gern zu erinnern, denn die Verordnung vom 23. Dezember 1918 hat sie neu erstehen lassen.

Die alten Ausschüsse sollten die Gerichte ausschalten, denn nach § 13 des Hilfsdienstgesetzes konnten diese nur dann entscheiden, wenn sie von beiden Teilen, also Arbeitgeber und -nehmer, angerufen wurden. Und die Arbeitnehmer riefen fast ausnahmslos die Gerichte nicht an, wendeten sich vielmehr an den Schlichtungsausschuß. Lehnte der Arbeitgeber es ab, sich dem Schiedsspruche zu unterwerfen, dann erteilte der Ausschuß an seiner Stelle einen Abkehrschein. Rechtsmittel gegen seine Entscheidungen gab es nicht.

Die jetzigen Ausschüsse bestehen, wie die ehemaligen, aus je drei Vertretern der Arbeitgeber und -nehmer. Der Ausschuß kann nach seiner Wahl entweder einen Vorsitzenden aus der Mitte seiner Mitglieder (parteiischen) oder eine sonstige Person als unparteiischen Vorsitzenden wählen. Darunter ist nicht etwa eine Parteinahme für die Parteien der jeweiligen Streitfälle zu verstehen, sondern die Zugehörigkeit zur Partei der Arbeitgeber oder -nehmer als solcher. Vorwiegend scheint man unparteiische Vorsitzende zu wählen, z. B. Universitätsprofessoren, Rechtsanwälte; die Vorsitzenden der alten Ausschüsse waren Offiziere, wenn auch d. R. oder a. D.

Wie bei jeder Kollegial-Spruchbehörde, so auch hier, kommt es sehr viel auf die Person des Vorsitzenden an. Es genügt nicht allein die Fähigkeit zum Richteramte, denn hier spielen streng juristische Fragen meist eine untergeordnete Rolle. „Schlichten" kann man nicht mit Paragraphen, sondern mit dem richtigen Gefühl für die wirtschaftlichen Bedürfnisse beider Teile. Wieviel gerade auf die Person des unparteiischen Vorsitzenden ankommt, geht daraus hervor, daß er dasselbe Stimmrecht wie die 6 Ausschußmitglieder ausüben kann, während ein parteiischer Vorsitzender zu den 6 Mitgliedern zählt und nicht als Vorsitzender, sondern lediglich als Mitglied der Arbeitgeber- oder -nehmergruppe seine Stimme abgeben muß. Der unparteiische Vorsitzende muß nicht mitstimmen, er kann sich der Stimme enthalten. Stimmen daher 3 Mann für und 3 Mann gegen, dann hat der Vorsitzende entweder die Möglichkeit, festzustellen, daß ein Schiedsspruch nicht zustande gekommen ist, oder er stimmt mit und schafft dadurch einen sonst einfach unmöglichen Schiedsspruch. Dieses Wahlrecht kann nicht für gut gefunden werden, da es dem Vorsitzenden eine nicht notwendige Macht in die Hand gibt. Viel richtiger ist das Verfahren bei den Kammern der Gerichte, wo der Vorsitzende zuletzt stimmt und sich seiner Stimme niemals enthalten darf. Auch bei den Gewerbegerichten muß der Vorsitzende mit abstimmen.

Die Entscheidungen aller Arten Gerichte sind nach Eintritt der Rechtskraft bindend für die Parteien bzw. vollstreckbar. Der Schlichtungsausschuß ist nun zwar kein Gericht, aber doch eine sehr ähnliche Einrichtung und allgemein wird angenommen, die von ihm in Form des Schiedsspruches getroffenen Entscheidungen seien für die Parteien ebenfalls bindend bzw. vollstreckbar. Das ist nicht der Fall.

Wie schon oben gesagt worden ist, kommt ein Schiedsspruch dann nicht zustande, wenn die 3 Arbeitgeber den 3 Arbeitnehmern gegenseitig stimmen und der Vorsitzende sich der Stimme enthält. In diesem Falle fehlt es also an einer Entscheidung überhaupt.

Ist aber ein Schiedsspruch zustande gekommen, so ist er beiden Teilen mit der Aufforderung zu eröffnen, sich binnen einer zu bestimmenden Frist darüber zu erklären, ob sie sich dem Schiedsspruche unterwerfen. Erfolgt keine fristgemäße Erklärung, so gilt die Unterwerfung als abgelehnt. Nach Fristablauf hat der Schlichtungsausschuß eine öffentliche Bekanntmachung zu erlassen, die den abgegebenen Schiedsspruch und die darauf abgegebenen Erklärungen der Parteien enthält. Diese Bekanntmachung muß auch dann erfolgen, wenn beide Parteien oder eine derselben sich dem Schiedsspruche nicht unterworfen haben. Damit hat die Tätigkeit des Schlichtungsausschusses ihr Ende erreicht. Ihm stehen keinerlei Zwangsmittel zu.

Nach § 14 der Verordnung vom 4. Januar 1919 über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung und nach §§ 13 und 17 der Verordnung vom 24. Januar 1919 über Einstellung usw. der Angestellten hat der Demobilmachungskommissar das Recht, Schiedssprüche für verbindlich zu erklären bzw. ihre Ausführung durch Verhängung von Geldbußen zu erzwingen. Dazu wird es aber nur in den seltensten Fällen kommen. Dabei ist auch noch zu beachten, daß durch Erlaß vom 26. April 1919 das Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilmachung mit dem 1. Mai 1919 aufgelöst worden ist, seine früheren Befugnisse werden von den zuständigen Reichsministerien für ihren Geschäftsbereich ausgeübt. Ob man unter diesen Umständen die Verordnungen noch voll anwenden, insbesondere noch von der in denselben erwähnten „Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung" sprechen kann, steht noch dahin und ob die ganze Einrichtung der Schlichtungsausschüsse im Interesse der Arbeitgeber liegt, erscheint zweifelhaft. Fest steht dagegen die Tatsache, daß die Schlichtungsausschüsse lediglich schlichten, d. h. versöhnen sollen; wo ihnen das nicht gelingt, ist ihre Wirksamkeit erschöpft. Das scheint nicht genügend bekannt zu sein, auch bei manchen Ausschüssen nicht.

Syndikus Rottstedt-Halle (Saale).

Gedächtnisfeier für Geheimrat Wohltmann

Zu einer Gedächtnisfeier für Geheimrat Prof. Dr. Wohltmann hatte sich am letzten Freitag abend ein ansehnlicher Kreis von Kollegen, Freunden und Schülern des hochverdienten Forschers im Hörsaal des landwirtschaftlichen Instituts versammelt. Prof. D. Haußleiter brachte in der Eröffnungsansprache den Dank der Kolonialgesellschaft und der von Wohltmann gegründeten und geleiteten Kolonial-Akademie, einer freien Dozenten-Vereinigung zur Förderung kolonialer Studien an unserer Universität, zum Ausdruck. Der Vertreter des Reichskolonialministers Geheimer Oberregierungsrat Dr. Busse-Berlin würdigte die praktischen Verdienste des anerkannten Führers der kolonialen Wirtschaft. Professor D. A. Golf-Leipzig entwarf ein liebevoll gezeichnetes Lebensbild des verehrten Lehrers und Meisters, der das Losungswort: „Ehrlich, emsig und treu" in vorbildlicher Weise erfüllt habe. Aus der fast unübersehbaren Reihe von Untersuchungen, Berichten, Anregungen und Gutachten wurde besonders die Aufstellung der landwirtschaftlichen Klimalehre und die Lehre von der zweifachen Landwirtschaft (heimatliche und tropische) als bahnbrechend hervorgehoben. Durch die Begründung der Zeitschrift „Der Tropenpflanzer", durch die Schaffung einer kolonialen Abteilung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, durch statistische Uebersichten und durch Vorträge gelang es Wohltmann, den kolonialen Gedanken in die weitesten Kreise zu tragen. Auch an der Errichtung der Kolonialschule in Witzenhausen war er eng beteiligt. — Mag es den Anschein haben, als ob nun durch den heimatlichen Zusammenbruch und den drohenden Verlust aller Kolonien das Lebenswerk Wohltmanns völlig vernichtet sei, sein Wirken gehört unverlierbar der glanzvollen Geschichte an, die hinter uns liegt, und die von ihm ausgestreute Saat wird auch für die Zukunft und in der in neuen Formen sich gestaltenden überseeischen Siedlung Früchte tragen.

Aus dem Schwurgericht

Ein Sicherheitsmann als Plünderer.

In der Schwurgerichtssitzung am 2. Juni unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Krüger hatten sich der Drogist Kurt Pippe, der Arbeiter Edmund Schatz und Frau Minna Schatz wegen schweren Landfriedensbruches zu verantworten. Pippe ist 1890 geboren und noch nicht vorbestraft. Er ist am 1. Oktober 1918 Soldat geworden und hat im Januar und dann wieder Ende Februar eines Beinleidens wegen im Lazarett „Kronprinz" gelegen. Der Angeklagte ist am Abend des 2. März zweimal aus dem Lazarett fortgegangen und stets mit Saben wiedergekommen. Bei Nußbaum hat er aus dem Schaufenster einen Handkoffer, einen Hut, ein Schreibzeug und einen Block Schreibpapier genommen, bei Michel eine schwarze Pelzstola, 2 Plüschtischdecken, 1 Weste. Der Vertrauensmann des Lazaretts hat die Soldaten aufgefordert, etwa geplünderte Sachen freiwillig abzugeben und eine Nachsuchung gar nicht erst abzuwarten, man hat ihn aber ausgelacht. Im Lazarett „Kronprinz" sind bei den Kranken Sachen im Werte von insgesamt 3000 Mark vorgefunden worden. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des schweren Landfriedensbruches schuldig unter Zubilligung mildernder Umstände, worauf das Gericht auf eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten erkannte, auf die 6 Wochen der Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet wurden.

Schatz ist nach seiner Entlassung aus dem Heere bei der Sicherheitskompagnie in der Brunnenstraße eingetreten, da er keine Arbeit gefunden hatte. Er weiß nur, daß er am 2. März nach Dienstschluß in die Stadt gegangen ist, wo ihm in der Gr. Wallstraße ein Sergeant begegnet sein soll, der ihn hat Wein trinken lassen. Was sonst noch geschehen ist, will er nicht wissen, da er erst am andern Morgen aus seiner Trunkenheit erwacht sei. Demgegenüber wird bezeugt, daß er mit einem Gewehr bewaffnet in der plündernden Menge gewesen ist und bei Pottel wie bei Nußbaum geplündert hat. Die Menge der bei ihm gefundenen Sachen läßt vermuten, daß er sogar in großem Umfange an den Plünderungen beteiligt gewesen ist. Wegen des unbefugten Waffenbesitzes ist er ebenfalls unter Anklage gestellt worden. — Die Minna Sch. hat bei Pottel Büchsen mit Konserven und 4 Stühle genommen. — Die Geschworenen sprachen beide Angeklagten des schweren Landfriedensbruches schuldig, Schatz auch noch des unbefugten Waffenbesitzes, dem sie auch mildernde Umstände versagten. Das Gericht verurteilte darauf den ersten Angeklagten zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren 5 Monaten Zuchthaus und zu 10 Jahren Ehrverlust, die Minna Sch. dagegen kam mit einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten und 3 Jahren Ehrverlust davon; auch wurde ihr 1 Mona. der Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet.

Die Nahrungsmittelversorgung in Halle

— Der Verkauf von Marmelade wird auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Mittwoch, den 4. Juni. Es kann für jede Person eines Haushaltes ½ Pfund abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 130 Pfg. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Marmelade einzukaufen, bei welchen sie zum Bezuge von Kolonialwaren in die Kundenliste eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 828 des Warenbezugsscheines 22. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links) binnen acht Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

— Städtischer Verkauf von Heringen in der Talamtschule am Mittwoch, den 4. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 68 500 bis zurück 61 501 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 61 500 bis zurück 60 001 nachmittags von 2—3 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes wird ein Hering zum Preise von 60 Pfg. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten. Papier oder Taschen sind mitzubringen.

— Städtischer Verkauf von gemischtem Dörrobst in der Talamtschule am Mittwoch, den 4. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 34 501 bis 40 000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 40 001 bis 46 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund zum Preise von 1 Mk. für das Viertelpfund abgegeben werden. Das Dörrobst ist vor dem Kochen 24 Stunden in kaltem Wasser aufzuweichen. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

— Städtischer Verkauf von Puddingpulver und Backpulver in der Talamtschule am Mittwoch, den 4. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 34 501 bis 40 000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 40 001 bis 46 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann ein Paket Puddingpulver zum Preise von 40 Pfg. und ein Paket Backpulver zum Preise von 10 Pfg. abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

— Der Verkauf von Quark erfolgt am Mittwoch, den 4. Juni auf den Abschnitt 12 für die eingetragenen Kunden in den Verkaufsstellen des Molkereibesitzers John, Gr. Gosenstr. 17 und Kl. Ulrichstr. 26 und in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei, Lindenstr. 52; an letzterer Stelle nur nachmittags von 2—6 Uhr. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis 7. Juni abzuliefern.

— Reisebrotmarken. Die Reichsgetreidestelle hat eine Neugestaltung der Reichs-Reisebrotmarken vorgenommen. Um ein Aufbrauchen der bisherigen Marken zu ermöglichen, bleiben die Marken des alten Musters noch bis zum 30. Juni 1919 in Geltung. Bis zu diesem Tage sind daher die Marken alten und neuen Musters gültig, vom 1. Juli 1919 ab aber nur die Marken des neuen Musters. Den Verbrauchern können die bisherigen Marken bis zum 30. Juni 1919 in neue umgetauscht werden. Nach dem 30. Juni 1919 ist ein Umtausch nicht mehr zulässig, es sei denn, daß der Verbraucher einen Lebensmittelkartenabmeldeschein oder sonstigen Ausweis vorlegt, nach dem er über den 30. Juni 1919 hinaus mit Reisebrotmarken alten Musters versehen ist. Der Umtausch erfolgt vom 4. Juni in den städtischen Marken-Ausgabestellen.

— Den Fruchtsirup abholen! Diejenigen Haushalte, welche den seinerzeit an Kinder zur Verteilung gelangten Fruchtsirup noch nicht abgeholt haben, werden aufgefordert, denselben nunmehr in dem Geschäft der Fa. Holthausen, Leipzigerstr. 1, innerhalb 2 Tagen abzuholen. Eine Nachlieferung nach Ablauf des genannten Termins kann nicht stattfinden.

— Reis für die Kleinhändler. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen von in dieser Woche zum Verkauf gelangenden Reis am Mittwoch, den 4. Juni und am Donnerstag, den 5. Juni abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

— Auslandsstudien der Universität. Der für Mittwoch vorgesehene Vortrag von Professor Finke (Freiburg-B.) muß wegen eingetretener Reisehindernisse vertagt werden.

— Die Kreissynode der Ephorie Halle-Land I tagt unter ihrem neuen Superintendenten Pastor D. Pasche-Diosdau am Donnerstag, den 12. d. M., vormittags um ½11 Uhr im „Sankt Nikolaus". Die Morgenandacht hält P. Kiemann-Cönnde. Nach Eröffnung, Verpflichtung neu eingetretener Mitglieder, Wahl des Kreissynodalvorstandes gibt der Vorsitzende den Bericht über die kirchlichen und sittlichen Zustände des Kirchenkreises. Ueber die Vorlage des Konsistoriums „Die Geschichte der Volkshochschule und ihre Bedeutung für die evangelische Kirche" spricht P. Kranemann-Peißen. Rechnungsangelegenheiten erledigt P. Ullmann-Reideburg; Berichte über Heidenmission und Gustav-Adolf-Verein die PP. Kästner-Nietleben und Ullmann. Den Schluß bildet die Erledigung eingegangener freier Anträge.

— Stadtgymnasium. Im Kriegsbeschädigten-Sonderlehrgang bestand am Freitag die erleichterte Kriegsreifeprüfung August Kunke (Bergsah).

— Dem Pestalozzi-Verein der Provinz Sachsen gehören gegenwärtig 121 Zweigvereine mit 3736 Mitgliedern an. Die Gesamteinnahme betrug 40 789 Mk., die Ausgabe 37 136 Mk. Die Zahl der unterstützungsberechtigten Witwen und Waisen ist infolge des Krieges auf 1451 Witwen und 330 Waisen gestiegen, erstere erhielten 18, letztere je 9 Mk. Die Sammlung für die Hinterbliebenen der gefallenen Lehrer betrug 7084 Mk. Dem Verein fielen von dem verstorbenen Fabrikant Zöllner-Berlin 5000 Mk. und von dem verstorbenen Lehrer Meyer-Bernburg ein Legat von 600 Mk. zu.

— Der Bund Haus und Schule veranstaltet in Gemeinschaft mit dem Frankebunde einen öffentlichen Vortrag mit Aussprache am Donnerstag um 8 Uhr in den „Thaliasälen" über die Frage: „Brauchen wir im neuen Deutschland noch Religionsunterricht in der Schule?" Redner: Direktor Winkler (Deis). Siehe Anzeige.

— Zur Tarifbewegung der kaufmännischen Angestellten schreibt uns der „Verband Hallescher Textilgeschäfte" (Manufaktur, Modewaren, Konfektion usw.), daß er bereits im März d. J. für seine Mitglieder mit dem Gewerkschaftsbund einen Tarifvertrag, giltig bis 30. September d. J., abgeschlossen hat.

— Der Naturwissenschaftliche Verein für Sachsen und Thüringen hält seine nächste Sitzung am Donnerstag, den 5. Juni, abends um 8½ Uhr im „Klaiskeller" ab. Vortrag von Professor Dr. Scupin: „Die Bedeutung der Geologie". Gäste willkommen.

— Verbandstag des Deutschen Stenotachygraphen-Verbandes. Der Deutsche Stenotachygraphen-Verband hält vom Pfingstsonnabend bis zum Pfingstmontag im „Mars-la-Tour" einen ordentlichen Verbandstag ab. Die Tagung wird sich auch mit den Einheitsbestrebungen befassen.

— Haus- und Grundbesitzerverein E. V. Am Donnerstag, abends um 8½ Uhr findet im „Mars-la-Tour", Gr. Ulrichstr., eine Monatsversammlung statt.

— Preußische Lotterie. Infolge der allgemeinen Teuerung kommen bei der bevorstehenden 14. (240.) Preußischen Klassenlotterie neue Sätze in Kraft, indem zu dem Lospreise ein Teuerungszuschlag von 5 Prozent tritt. Es kostet also dann für jede Klasse ¼ 42 Mk., ½ 21 Mk., ¾ 10,50 Mk. und ⅛ 5,25 Mk. Die Ausgabe der Lose beginnt etwa vom 6. d. M. an, die Ziehung erster Klasse findet am 15. und 16. Juli statt. Zur Ausspielung gelangen in allen 5 Klassen rund 72 000 000 Mark. Spielfreie Lose sind bei sämtlichen Lotterie-Einnehmern vorrätig.

— Bad Wittekind. Morgend abend um 8 Uhr findet Extrakonzert von der Kapelle des Füs.-Regts. Nr. 36 unter Leitung des Kapellmeisters Otto Haupt statt. Die Vortragsfolge enthält Tonwerke von Verdi, Goldmark, Beethoven, Mozart, Guccitana, Liszt, Schubert, Wagner, Weber und Grieg. Eintrittspreise sind nur aus der Anzeige zu ersehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191906032-13/fragment/page=0005

— **Zu dem Raubüberfall an der Volksmannstraße.** Nachträglich ist eine Zeugin ermittelt worden, die erst jetzt gehört werden konnte, und über den Täter abweichende Angaben von den früher veröffentlichten macht. Danach soll er nicht Wickelgamaschen, sondern eine lange Hose und Radfahrklammern getragen haben. Das Fahrrad soll ein Damenrad gewesen sein, an dem einzelne Speichen gefehlt haben und an dem sich ein für Damenräder üblicher Kleiderschutz (gelb und schwarz) über dem Hinterrade befunden hat. Die neueste Beschreibung des Täters ist vielmehr zu seiner Ermittelung geeignet, da ein Damenfahrrad selten von einem Herrn gefahren wird. Wem ein solcher Radfahrer aufgefallen ist, wird erneut gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 56, zu melden.

— **Das Verziehen der Zuckerrüben** hat auf den größeren Gutsverwaltungen begonnen. Seitens der Schulbehörden wird diesen Arbeiten Rechnung getragen und den Kindern durch freie Nachmittage oder Ferien zu dieser Arbeitsverrichtung Gelegenheit gegeben. Mittels Wagen wird die Kinderschar zur Arbeitsstätte befördert und von dort wieder abgeholt. Den Kindern erwächst hierdurch ein lohnender Verdienst, indem gegen früher wesentliche Lohnerhöhungen stattgefunden haben.

ii. **Der Roggen** in der Umgebung ist jetzt schon vielfach 1,60 Meter hoch und wächst bekanntlich noch während der Blütezeit. Regen tut not.

*

— Stadttheater. Heute Dienstag abends um 7½ Uhr, wird „Belinde" wiederholt. Mittwoch „Martha", Oper von Flotow, Donnerstag „Lohengrin"; diese Aufführung beginnt bereits um 7 Uhr. Freitag „Wilhelm Tell", Sonnabend „Der Barbier von Sevilla", Sonntag (1. Pfingstfeiertag), nachmittags um 3½ Uhr Volksvorstellung „Johannisfeuer", abends um 7½ Uhr „Der Zigeunerbaron", Operette von Johann Strauß. Montag (zweiter Pfingstfeiertag), nachmittags „Die Rose von Stambul" abends „Martha".

Aus der Stadtverordneten-Sitzung

(Fortsetzung.)

Durch Gemeindebeschlüsse vom 22. September und 14. Oktober d. J. ist die Beschaffung der mechanischen Teile (Wagenkasten und Untergestelle sowie Radsätze) für 20 Motorwagen und 40 Anhängewagen ohne elektrische Ausrüstungen genehmigt worden. Die Bestellung ist inzwischen erfolgt. Es ist jetzt erforderlich, die elektrischen Ausrüstungen für die Fahrzeuge in Auftrag zu geben, um insbesondere die Motorwagen rechtzeitig zu erhalten. Die Versammlung wird ersucht, die Beschaffung der elektrischen Ausrüstungen für 20 Motorwagen zu genehmigen und die erforderlichen Mittel von rund 700 000 Mark aus Mitteln des Erneuerungsfonds der Straßenbahn bereitzustellen. Von den benötigten elektrischen Beleuchtungs- und Wermsausrüstungen für 40 Anhängewagen sind die Mittel für 12 Einheiten im Etat für 1918 eingestellt. Für die verbleibenden 28 Ausrüstungen zum Einheitspreis von 1765 Mark sollen die erforderlichen Gesamtmittel von 49 420 Mark aus dem Erneuerungsfonds gedeckt werden, wozu ebenfalls um Genehmigung ersucht wird. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu.

Ein Magistratsantrag, dem Verkauf einer Tandem-Verbund-Dampfmaschine mit Generator und Schaltanlage, eines Laufkrans usw. aus dem Bestande der Straßenbahn-Kraftstation Berliner Straße an die Pommerschen Kalksteinwerke Zarnglaff zum Preise von 190 000 Mark, die dem Erneuerungsfonds der Straßenbahn zuzuführen sind, zuzustimmen, findet Annahme. —

Die Zuckerraffinerie Halle hat der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen in Berlin eine Zuwendung gemacht mit der Maßgabe, daß hiervon 10 000 Mark in 5 prozentiger deutscher Kriegsanleihe der Kriegshinterbliebenenfürsorge der Stadt Halle zur freien Verfügung zu überlassen sind. Der Betrag ist überwiesen. Der Magistrat hat die Zuwendung unter Ausdruck des Dankes angenommen. Die Versammlung erteilt der Annahme der Zuwendung ihre Genehmigung. —

Ein Bürger, welcher nicht genannt sein will, hat der Stadt 20 000 Mark zum Erwerbe eines Gemäldes für das Museum gestiftet. Der Magistrat hat die Stiftung angenommen. Die Versammlung pflichtet dem gleichfalls mit Dank bei. —

Beitritt zur Lastkraftwagengesellschaft der Provinz Sachsen.

Das Deutsche Reich, vertreten durch das Reichsverwertungsamt, beabsichtigt, zur Hebung der Transportnot und, weil im volkswirtschaftlichen Interesse liegend, die freigewordenen militärischen Lastkraftwagen, die elektrischen Lastwagen und Dampfzüge der betreffenden Korpsbezirke zweckmäßig zu verwerten und zu diesem Zwecke mit den Bundesstaaten, Provinzial- und Kommunalverbänden Gesellschaften m. b. H. zu gründen, die evtl. später zu einer Zentralgesellschaft unter Beteiligung des Reiches zusammenzuschließen wären. Der Betrieb dieser Gesellschaft soll in entgeltlicher Beförderung von Gütern aller Art, insbesondere von Lebensmitteln und Kohlen, auch von Personen und in der mietweisen Hergabe von Lastkraftwagen zu besagten Zwecken bestehen. Für die Provinz Sachsen einschl. des ehemaligen Herzogtums Sachsen-Anhalt wird die Gründung solcher Gesellschaft geplant. Der Landeshauptmann lädt auch die Stadt Halle zur Beteiligung ein. Im der Provinz Sachsen, einschließlich Sachsen-Anhalt und Altenburg, laufen zurzeit 7 Kraftfahrtkolonnen mit zusammen 107 Wagen. Der Magistrat ist der Ansicht, daß die Stadt Halle schon aus allgemeinen Gründen sich an solchem Unternehmen beteiligen muß, es ist ihes aber auch nötig, um der Verkehrsnot, die zurzeit hier besteht und noch Jahre lang weiter bestehen wird, zu steuern. Als angemessen hält der Magistrat Beteiligung mit einem Betrage bis zu 25 000 Mark. Die Provinz Sachsen beteiligt sich mit etwa 100 000 Mark. Die Versammlung erteilt ihre Zustimmung. —

Der Magistrat hat beschlossen, die Stelle des Abteilungsvorstandes der Maschinen- und Heizungsabteilung des Hochbauamts in eine Stadtbauinspektorstelle (bisher Stadtbaumeisterstelle) umzuwandeln. Gehalt 5500 bis 7500 Mark jährlich. Die Vorlage wird nach eingehender Begründung durch den Stadtv. Busse angenommen. —

Es liegt ein Antrag vor auf sofortige Auszahlung einer Teuerungszulage und eine Eingabe des Ortsvereins Halle des Preußischen Vereins für das mittlere Schulwesen um Nachzahlung einer einmaligen Kriegsteuerungszulage an diejenigen Mittelschullehrer, die im Oktober 1918 noch im Heeresdienste standen. Diese Nachzahlung soll sich auch auf alle übrigen Beamten und Arbeiter, die in gleicher Lage waren, ausdehnen. Die Vorlage würde eine Ausgabe von 280 000 Mark bedeuten. Die Angelegenheit wird dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. —

Vergebung der 42 Millionen-Anleihe.

Durch Gemeindebeschluß vom 21./24. Februar d. J. wurde der Magistrat ermächtigt, die staatliche Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe der Stadt Halle in Höhe von 42 Millionen Mark durch Ausgabe von Inhaberpapieren zu erwirken. Nachdem sich der Vorstand der hiesigen städtischen Sparkasse bereit erklärt hatte, von der Anleihe einen Betrag bis zu 6 Millionen Mark, davon 2 Millionen Mark in Obligationen, zu übernehmen, veranlaßte der Magistrat unter einer Anzahl auswärtiger und hiesiger Bankgeschäfte und sonstiger Kreditinstitute einen Wettbewerb für die Uebernahme der übrigen 36 Millionen Mark, aus dem folgende Bestgebote hervorgegangen sind:

a) Mitteldeutsche Privatbank A.-G., Filiale Halle, zugleich im Namen des Hessischen Bankvereins in Kassel, 30 Millionen Mark 4 prozent. Obligationen-Anleihe zum Kurse von 92.12 Prozent;

b) Bankhaus Ernst Haasengier & Co. und B. J. Boer in Halle: 6 Millionen 4½ prozent. Schuldscheindarlehn zum Auszahlungskurse von 97.70 Prozent;

c) Bankhaus Ernst Haasengier & Co. hier: 2 Millionen Mark 4½ prozent. Schuldscheindarlehn zum Auszahlungskurse von 98.50 Prozent.

Ueber die im Wettbewerb ausgeschriebene Summe hinaus sind

d) von letztgenannter Firma weitere 2 Millionen Mark 4½ prozent. Schuldscheindarlehn unter gleichen Bedingungen wie zu c angeboten worden.

In Uebereinstimmung mit der Kämmereideputation hat der Magistrat auf diese unter den derzeitigen Verhältnissen äußerst günstigen Angebote den Zuschlag erteilt. Das von der Sparkasse der Stadt Halle in Aussicht gestellte Schuldscheindarlehn von 4 Millionen Mark braucht infolge Annahme der Ueberangebote der Bankfirma Ernst Haasengier & Co. nicht in Anspruch genommen werden und kann für spätere Bedarfsfälle der Stadtgemeinde in Bereitschaft bleiben. Die Sparkasse hat deshalb lediglich die restlichen 2 Millionen Mark Teilschuldverschreibungen auf den Inhaber zu dem durch den Wettbewerb erzielten Kurse zu übernehmen. — Die Stadtverordneten-Versammlung erteilt der bereits vorgenommenen Vergebung der Anleihebeträge sowie der Abgabe der restlichen 2 Millionen Mark der 4 prozent. Obligationen-Anleihe an die Sparkasse der Stadt Halle ihre Zustimmung. —

Es liegt eine Eingabe des Hallschen Lehrervereins auf Nähmung der Schulen für Unterrichtszwecke und nachstehender Antrag der Unabh. Soz. vor: „Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, alle verfügbaren Mittel anzuwenden, um die Schulen vom Militär freizumachen und alle Schulsitten so schnell wie möglich für die Bildungszwecke der Jugend wieder herzurichten."

Hierzu wird vom Stadtv. Busse (Deutschnat.) ausgeführt, daß der Magistrat längst bemüht gewesen sei, die Schulen den Unterrichtszwecken wieder dienstbar zu machen. Es sind nur noch drei Schulen, die vom Militär belegt sind, aber wohl auch in nächster Zeit geräumt werden. Redner empfiehlt — auf Grund des Petitionsausschusses — die Vorlage dem Magistrat als Material zu überweisen. Die Versammlung lehnt die Ueberweisung an den Magistrat ab und beschließt, dem Antrage zuzustimmen.

*

In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde, wie bereits kurz berichtet, auch die Anfrage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion vom Magistrat beantwortet, ob die Landesjäger Halle als ständige Garnison erhalten werden und ob der Magistrat in dieser Frage Verhandlungen gepflogen hat. Stadtv. Albrecht begründete seine Anfrage in einer Weise, die den schärfsten Protest in der Bürgerschaft hervorrufen muß. Wenn die Sitzungen der Stadtverordneten immer und immer wieder dazu benutzt werden, die Schuld an den bedauerlichen Ereignissen in den Märztagen den Regierungstruppen und der Bürgerschaft zuzuschieben, so ist das verdächtig für die Unabhängige Sozialdemokratie. Albrecht betonte, daß die Arbeiterschaft über den Einzug der Regierungstruppen in Halle entrüstet wäre. Die Regierungstruppen, die die Sympathie des größten Teiles der Bürgerschaft nicht besäßen, haben nun Halle als ständige Garnison erhalten. Dagegen müsse seine Partei energisch Protest einlegen, sie erblickt darin ein Wiedererwachen des alten Militarismus. Die Kasernen solle man vielmehr zu Wohnungszwecken ausbauen, damit die Wohnungsnot etwas gelindert werde. Stadtv. Osterburg brachte ebenfalls die schon so oft wiederlegten Anschuldigungen vor, die Landesjäger hätten erst die Unruhen in Halle hervorgerufen. Die kurze Erklärung des Magistrats, er habe keinerlei Verhandlungen mit den Landesjägern in dieser Hinsicht gepflogen, schien den Genossen nicht zu behagen. Sie verlangten vom Magistrat eine ausführliche Erklärung, die dieser ihnen aber verweigerte. Stadtv. Minner bedauerte es, daß die Unabhängigen jede Gelegenheit in der Stadtverordnetensitzung wahrnehmen, um ihre politischen Zwecke zu verfolgen. War das Ruhe und Ordnung, wenn eine so große Stadt wie Halle vom Verkehr abgeschlossen wurde, oder wenn auf friedliche Demonstranten mit Maschinengewehren geschossen wurde? Die Bürgerschaft ist außerordentlich froh, daß sie unter dem Schutze der Landesjäger steht. Stadtv. Minner gab dem Wunsche Ausdruck, daß Halle eine recht starke Garnison werden möge. Auch der Stadtv. Keil ging mit den Genossen scharf ins Gericht. Es sei eine unleugbare Tatsache, die auch oft gerichtlich festgestellt wurde, daß das sogenannte Sicherheitsregiment sich in hervorragender Weise an den Unruhen und Plünderungen beteiligt habe. Die Verleumdungen der Regierungstruppen sind völlig unberechtigt. Der Magistrat ist in dieser Frage in keiner Weise zuständig, nur die Reichsregierung oder die Nationalversammlung sind die Stellen, bei denen Wünsche vorgebracht werden können. Die Ausführungen der bürgerlichen Stadtverordneten wurden von lärmenden Zwischenrufen — auch von der Galerie — begleitet, wie man sie früher in diesem Saale nicht gewohnt war. Stadtv. Kleeis (Soz.) vertrat den Standpunkt, daß solche Debatten doch keine praktische Arbeit wären und zu keinem Resultat führten. Der Schlußantrag wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. n.

Provinz Sachsen

g. **Dölnitz** (Saalkr.), 2. Juni. (Tödlicher Sturz.) Der Arbeiter P. Troisch aus Wetzmar wollte in vergangener Woche seine Familienangehörigen hier besuchen. Hierbei hatte er das Unglück, von dem Gefährt, das er benutzte, zu fallen, daß er sich eine erhebliche Kopf- und Rückenverletzung zuzog und in ärztliche Behandlung gebracht werden mußte. Sein Zustand verschlimmerte sich durch Hinzutritt von Gehirnleiden derartig, daß der Bedauernswerte nach kurzer Zeit verstarb.

g. **Diesdorf** (Saalkr.), 2. Juni. (Der erste Kleeschnitt) hat in hiesiger Feldmark sowie in der Umgebung begonnen. Auf größeren Gütern wird ein Teil der Kleebestände zum Trocknen abgemäht, während der andere zu den täglichen Futterrationen diem. Zum Nachwuchs ist Regen erwünscht.

L. **Burg**, 1. Juni. (Der landwirtschaftliche Verein für Burg und Umgegend) hielt unter Vorsitz des Hauptmanns Bielefeld eine gutbesuchte Versammlung ab, in der Dr. Lipschitz-Hannover über „Die Verstaatlichung der Düngerindustrie und ihre Folgen für die Landwirtschaft" einen Vortrag hielt. Er widerlegte zunächst irrige Ansichten über die Sozialisierung landwirtschaftlicher Betriebe. Durch die geplante Verstaatlichung erwartet Redner keine üblen Folgen für die Landwirtschaft, er erhofft im Gegenteil, daß ihr mehr und billigere Düngemittel zur Verfügung stehen werden. Gewünscht wurde der Bezug von Düngemitteln durch die ländlichen Spar- und Darlehnskassen. Es wurde beschlossen, am 14. Juni eine Wanderversammlung mit Feldbesichtigung in Scharlau zu veranstalten. Die Gründung von Geflügelverwertungs-Genossenschaften wurde für notwendig erachtet als erstes Mittel, um zum allmählichen Abbau der Zwangswirtschaft zu gelangen.

—r. **Kenberg**, 2. Juni. (Schwer verunglückt.) Auf eine eigentümliche Art und Weise verunglückte am gestrigen Tage der im Bergwerk Braunkohlenwerke beschäftigte Arbeiter Wänisch aus Rotta. Derselbe kletterte mit einem Steigeisen auf einen Drahtseilmast hinauf. Plötzlich brach der Mastbaum und Wänisch fiel aus einer bedeutenden Höhe mit dem Mast zu Boden. Die Verletzung war derartig schwer, daß Wänisch nach der Hallenschen Klinik gebracht werden mußte.

Nachdruck verboten.

Die Referendarin

74] Roman von Carl Busse.

Dann erst kam die Wut. Der Zigarrenhändler biß die Zähne zusammen; er hatte dieselbe senkrechte Trotzfalte wie seine Tochter. Frau Fischer, geborene Meyer, schimpfte wie ein Rohrspatz. Was sich der freche Mensch einbildet! Ihr Kind wäre viel zu gut für ihn! Um so besser — so könne man die Ente allein essen!

Ihr Mann brummte nur. Man sah, wie die Sache ihn wurmte.

„Schick' ihm die Ente zurück," sagte er grollend.

„Einpökeln kann er sie sich!" schrie seine Frau. Aber als ihr Gatte nachmittags wieder ins Geschäft gegangen war, überlegte sie ruhiger. Wenn der Schwiegersohn flöten ging — warum sollte man ihm noch den guten Braten nachschmeißen?

Ju bekam ihre Eltern wenig zu Gesicht. Selbst mittags aß sie allein, da sie ja, wenn die Alten speisten, den Vater im Geschäft vertreten mußte. Nur das Abendbrot ward gemeinsam eingenommen.

„Auf mir Jule," sagte der alte Fischer, als er abends nach Hause kam.

Bald stand sie mit dem kalten, abwartenden Gesicht, das sie seit der jüngsten Szene für die Eltern hatte, vor ihm.

„Warst du in der letzten Zeit mit dem Referendar zusammen?"

„Interessiert dich das so?"

„Ich will wissen, ob du mit ihm zusammen warst! Antwort' oder —"

Sie lachte kurz. „Hat er sich für die Einladung bedankt?" fragte sie höhnisch.

„Weibsbild!" schrie der Alte. „Niemand anders als du steckt dahinter! Du hast ihn gebeten, er soll nicht kommen! Du hast ihm gesagt, er soll ablehnen."

Sie zuckte die Achseln.

„Aufdringlichkeiten wehrt er selber ab. Da braucht er meinen Rat nicht. Uebrigens kannst du dich beruhigen — ich hab' ihn ewig nicht gesprochen."

Damit drehte sie ihrem Vater den Rücken.

Er war verdutzt. Er hatte sich am Nachmittag noch einmal alles überlegt und war zu dem Schlusse gekommen, niemand anders als Jule, die schon die Absendung des Briefes hatte verhindern wollen, hätte ihm den schönen Plan verdorben.

Also nicht — also war die Ablehnung aus eigenster Initiative des Referendars erfolgt.

Die Wut, die er bislang gegen die Tochter gehegt hatte, wandte sich nun gegen Peter Körner.

„Ich verbiete dir, mit ihm zu verkehren," brüllte er ihr nach. „Ich schlag' dich halb tot, wenn ich dich mit dem Lumpen zusammen treffe! Ich schmeiß' ihn 'raus, wenn er noch 'mal wagt, meinen Laden zu betreten!"

Jule stand schon halb in der Tür. Sie wandte nur den Kopf. Die Augen, von den Lidern halb verdeckt, blickten verächtlich auf den Wütenden.

„Du brauchst keine Furcht zu haben," erwiderte sie. „Er wird nicht wiederkommen. Du und die Mutter — ihr habt ihn gründlich kuriert!"

„Ich verbiete dir —" schrie er.

Da hob sie die vollen Schultern ein wenig und ging aus der Tür.

Er wird nicht wiederkommen —!

Es war ihr so über die Lippen getreten. Nicht wiederkommen zu euch, hatte sie gemeint; nicht in euren Kegelklub, nicht in unsre Wohnung, nicht zu all den gleichgültigen Menschen!

Während der ganzen Zeit hatte sie sich in einen immer schärferen Gegensatz gestellt zu ihrer Umgebung. Wenn sie trostlos dagelegen hatte, brachte ihr nur der eine Gedanke Erleichterung: daß sie ihm sagen wollte, wie fern sie allen denen stünde, die ihn verletzten.

Und immer wieder im Innern ihres Herzens der Schrei: „All die Leute — ich haß' sie wie du! All den Ekel — ich fühl ihn wie du! Reiß mich da heraus, hab' Erbarmen mit mir, nimm mich mit, laß mich frei atmen mit dir, laß mich mit dir allein sein, stoß mich nicht weg um der andern willen!"

Nur ein einziges Mal ihm das sagen können! Und sie wollte es, wenn sie ihn selbst um eine Unterredung bitten müßte!

Es war, als könnte sie ihn halten, wenn sie sich ganz und in allem neben ihn stellte.

Es konnte ja noch nicht aus sein. Er konnte nicht so von ihr gehen! Einmal mußte er ja wieder vor sie hintreten. Und dann war es Zeit.

So gingen ihr die Tage. Wenn die Sonne sie weckte, dachte sie: heute wird er kommen! Wenn die Sonne sank: morgen bestimmt! Zwei Wochen waren nun so vergangen — nur einmal, von weitem, hatte sie ihn auf der Straße gesehen.

Und wenn er nun doch nicht kam?

„Dann laufe ich zu ihm," dachte sie. „Dann laufe ich in seine Wohnung: Hör' mich an!"

Aber auch Peter ertrug diesen Zustand des Hangens nicht. Alles war besser als dieses Nicht-aus-noch-ein-wissen. Es widersprach so sehr seiner Natur, die gewöhnt war, in Klarheit zu leben. Es mußte eine Entscheidung fallen — so oder so!

Dazu mußte er Jule wiedersehen.

Und zwei Möglichkeiten gab es doch nur: entweder die Wochen, in denen sie sich nicht gesehen, hatten eine noch größere Entfremdung zwischen ihnen herbeigeführt. Das Störende, was in ihre Liebe getreten, war noch gewachsen — dann war eben das Ende da!

Oder das Gefühl war stärker als alles andre, und sie sprachen sich aus, sie fanden sich noch fester wieder. Auch dann war klare Bahn.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191906032-13/fragment/page=0006

„H.Z." Sportberichte

— **Zum Wettspiel am Mittwoch.** Morgen, Mittwoch nachmittag 5 Uhr, wird der Hallesche Ausschuß für Leibesübungen seine erste Propaganda-Veranstaltung auf dem Sportplatze am Zoo abhalten, zu der in erster Linie die gesamte Jugend von Halle eingeladen ist. Eintritt ist völlig frei. Die Veranstaltung wird mit leichtathletischen Kämpfen, bestehend aus 100 Meter-Staffellauf eingeleitet. Daran anschließend findet ein Fußballwettspiel statt, zu dem folgende Mannschaften aufgestellt sind: Rot: Tannenberg (96); Bosit (98), Eisner (96); Günther (Fav.), Koth, Böhm (beide Spfr.); Rack (Spfr.), Rockwitz (Wa.), Bertsch (Spfr.), Brückner (Vor.), Giersch (Fav.), Weiß; Gäbelein, Stein I, Rehn II (sämtl. 98), Riemann, Bärwald (beide Wacker); Winter (Wa.), Meißner, Kempriak (beide Vor.), Vorkauf (Fav.), Walter (Vor.); Striesenow (Vor.). Ersatz: Brügert, Huth, Mäßner (96), Rosch, Schatz (Fav.), Domath (Spfr.). Die Spieler werden gebeten, sich um 5 Uhr einzufinden und weiße Hose und Schuhe mitzubringen.

— **Favorit gegen Borussia 1:0 (0:0).** Nach längerer Ruhepause hatte Favorit die hiesigen Boruffen nach seinem Platze eingeladen. Borussia in bester Aufstellung, bei Favorit vermißte man Fischer und Blüher. Dafür spielten P. Schmidt und erstmalig Schiemann im Tor. Favorit, zuerst mit Wind und Sonne im Rücken, bedrängen Borussias Tor öfters, können aber einen Treffer trotzdem Erfolg nicht erringen. Verschiedene Male rettet Wolter im letzten Augenblick. Auch Borussia bricht öfters durch und zwingt Favorits Verteidigung längere Beschäftigung zutommen, gefährlich aber das Tor selbst in Gefahr zu bringen. Torlos geht es in die Pause. Nach Seitenwechsel dasselbe Bild. Favorit etwas im Vorteil, kann aber das Tor nicht finden. Endlich kann H. Giersch das einzige Tor des Tages treten und somit seinem Verein zu einem schönen Siege verhelfen. Das Spiel war von Anfang bis Ende offen und reich an spannenden Momenten. Bei dem Sieger gab jeder sein Bestes aus sich. Vor allem sah man wieder eine besondere Technik Bei Borussia konnten die Außenstürmer nicht recht gefallen, gut dagegen waren Meißner, Jürgens und Wolter.

Halle/Saale Sportverein 98 — Wacker Leipzig 1:1. Die Hallenser konnten gegen die spielstarken Leipziger einen knappen aber verdienten Sieg herausholen. Der Sportverein trat mit seinen besten Kräften an. Wacker hatte bis auf Erkrunke und Bennöder alles zur Stelle. Es wurde hart um den Sieg gekämpft. Halle war schußfreudiger, Wacker in der Verteidigung besser. Für Halle erzielte Rehn II den ersten Treffer nach 15 Minuten, den Ausgleich stellte Köhler kurz nach der Pause wieder her. Auf und ab wogte der Kampf, schnelle Stöße von Gröbner und Goebelein sorgten weiter für das Tempo, Müller (Wacker) sowie Walter und Klemmt I (Sp.-V.) zeigten gutes Läuferspiel. Das Ende des Spiels ist schon nahe gerückt, als der rechte Flügel nach gutem Durchspiel den Ball nach der Mitte gibt, wo ihn Rehn auffängt und unhaltbar in die Maschen jagt. Gleich darauf ist Schluß. Beide Mannschaften hinterließen den besten Eindruck.

Die Bokalspiele des H. F. C. den 1910 nahmen teilweise einen stürmischen Verlauf, hauptsächlich das Spiel „Minerva" 1910 so daß die etwa 600 erschienenen Zuschauer voll und ganz auf Ihre Kosten kamen. Die Resultate sind folgende:

Minerva-Eintracht 1:1 (0:1);
Eintracht-Olympia 2:1 (1:0);
Minerva — 1910 4:3 (1:1).

Das erste Spiel sah Eintracht als glatten Sieger innerhalb der angesetzten einstündigen Spielzeit. E. hätte durch besseres Zusammenspiel das Resultat noch höher stellen können. Minerva gegen 1910 lieferten sich wohl einen der heißesten Kämpfe, die je in der zweiten Klasse ausgetragen worden sind. Nach 2 Stunden 38 Minuten konnte Minerva seinen Gegner nach etwas all zu scharfem Spiel niederringen. Halbzeit 1:1 (Ende 1:1) 2 mal 15 Minuten Verlängerung 3:3 (Halbzeit 3:1). Beim Spielen bis zur Entscheidung 4:3. 1910 war technisch seinem Gegner glatt überlegen, während Minerva dieses durch scharfes Spielen auszugleichen versuchte. Nur durch ein Selbstor entging 1910 so zu sagen der Sieg, zumal das Spiel meistens noch in Minervas Hälfte lag. Nach einhalbstündiger Pause trafen sich dann Eintracht und Minerva im Endspiel. Auch hier wurde nur ein unentschiedenes Resultat 1:1 erzielt, da die erschöpften Minervaleute fast garnicht mehr zum Angriff übergingen. Da dieses Treffen erst gegen ½9 Uhr endete, so wurde dasselbe nicht weiter ausgefochten. Auf die Entscheidung, welche betr. dieses Spieles gefällt wird, muß man gespannt sein, da es noch in Frage steht, ob überhaupt und wann das Endspiel wiederholt wird. Minerva gebührt für die Aufopferung innerhalb der fast 4 Stunden Spielzeit ein Gesamtlob. Eintracht war noch nicht genug eingespielt, was sich hauptsächlich beim letzten Spiele besonders bemerkbar machte. Olympia kam auch nicht aus sich heraus, von ihnen hat man schon Besseres gesehen. 1910 gefiel allgemein in seinem flotten Zuspiel.

— **Der H. F. C. Favorit** hält in den Sommermonaten seine Spielausschußsitzung Dienstags um 8½ Uhr im „Restaurant zur Hindenburg" ab. Telephon 3507. Ferner finden die Uebungsabende für Fußball der Jugendabteilung nicht mehr Donnerstags, sondern Freitags ab 6 Uhr statt.

•

Internationale Ringkampf-Konkurrenz im Hippodrom (Winter-garten). Gestern Montag abend siegte im Boxkampf Heiße über Jaeneck, im Ringkampf Buchheim über Baumgärtner, das der Hend über Pache, Metzner über Hermann, während der Kampf Axel Schmidt gegen Jaeneck nach 30 Minuten als unentschieden abgebrochen werden mußte. — Heute, Dienstag abend, ringen Buchheim gegen Jaeneck, Urbansky gegen Pache, sowie bis zur Entscheidung Gemel gegen Metzner und van der Hend gegen Axel Schmidt. Außerdem großer Boxkampf zwischen dem Amateurmeistmeister Heiße und Urbansky, Meisterringer und Boxer von Polen.

•

— **Fahrerlaubnis-Entziehung.** Die Vorgänge beim Preis von Engelschalking dem Westtiberfahren am Mariendorfer Derby-Tage, die noch einer halbstündigen Verzögerung des Abrauses schließlich dazu führten, daß die Pferde aus dem Stand gestartet werden mußten, haben ein Nachspiel gehabt. Den Herren J. Engelhardt (Nize I), A. Valk (Gerard A) und A. Rückert (Meiningen) wurde bis auf weiteres die Fahrerlaubnis entzogen, weil sie fortgesetzt die Bestimmungen über den Ablauf der Rennen mißachtet und den starkenden Beamten gegenüber Ungehorsam gezeigt haben. Außerdem wurden O. Kleinau (Dill) mit 500 M., M. Bauer (Lord Alentell) und E. Wagner (Garlchen Lauf) mit je 200 M in Strafe genommen

— **Wildfrevel.** Gegen den überhandnehmenden Wildfrevel plant die preußische Regierung umfassende Maßnahmen durch Verstärkung des Jagdschutzpersonals, schärfere Bestrafung der Wilderer und Aufklärungsarbeit zum Schutze des Wildbestandes.

Bekanntmachung.

Pfingst-Personenverkehr.

Wegen Knappheit an Lokomotiven und Kohlen ist die Eisenbahn nicht in der Lage, für den Personenverkehr zu Pfingsten Sonderleistungen zu übernehmen. Mit Zurückbleiben beim Reiseantritt oder unterwegs muß daher gerechnet werden.

Alle nicht unbedingt nötigen Reisen müssen daher unterbleiben.

Halle (Saale), im Juni 1919.

Eisenbahndirektion.

Wetterbericht

Wettervorhersage des amtlichen Wetternachrichtendienstes. Mittwoch: Unbeständig, kühl, vereinzelte Niederschläge in Schauern.

Es gibt keine
Drucksache
die wir nicht ausführen könnten und deren durchschlagende Wirkung nicht vollen Erfolg erzielte. Verständnisvolle Ausarbeitung und sorgfältigste technische Herstellung jedes Druckauftrages sind Spezialität der
Buch- u. Kunstdruckerei Otto Thiele
Halle-Saale

DRESDNER BANK

Bilanz per 31. Dezember 1918.

Aktiva.

		ℳ	₰	ℳ	₰
Kasse, fremde Geldsorten, Zinsscheine und Guthaben bei Notenbank und Abrechnungsbanken				391 588 164	70
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen				2 371 830 415	—
a) Wechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten		2 371 830 415	—		
b) eigene Akzepte		—	—		
c) eigene Ziehungen		—	—		
d) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank		—	—		
Nostroguthaben bei Banken u. Bankfirmen				104 414 427	55
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere				320 176 391	50
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen				13 399 722	35
davon am Bilanztage gedeckt					
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine		8 196 270	35		
b) durch andere Sicherheiten		258 759	45		
Eigene Wertpapiere				148 724 325	40
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten		112 050 320	95		
(davon M. 86 876 809,65 verzinsliche Schatzanweisungen)					
b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere		2 650 796	90		
c) sonstige börsengängige Wertpapiere		27 776 452	60		
d) sonstige Wertpapiere		6 246 754	95		
Konsortialbeteiligungen				56 532 421	80
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen				67 387 914	55
Schuldner in laufender Rechnung				1 048 128 661	30
a) gedeckte		686 963 454	05		
b) ungedeckte		361 165 207	25		
davon Aval- und Bürgschaftsschuldner	M 456 516 390,55				
darunter Aval-Forderungen an Reich und Reichsbank	M 152 926 762,50				
Bankgebäude				42 997 817	65
sonstige Immobilien				3 923 136	95
Mobilien-Konto				1 019 409	35
Pensions-Fonds-Effekten-Konto				5 534 386	10
Effekten-Konto der König-Friedrich-August-Stiftung				95 205	—
Effekten-Konto der Georg-Arnstaedt-Stiftung				122 250	—
Konto der Zentrale und auswärtigen Abteilungen mit unserer Niederlassung in London				20 126 165	80
				4 596 000 815	—

Passiva.

		ℳ	₰	ℳ	₰
Aktien-Kapital-Konto				260 000 000	—
Rücklage A				51 000 000	—
Rücklage B				29 000 000	—
Talonsteuer-Rücklage-Konto				684 536	—
Gläubiger					
a) Nostroverpflichtungen (einschl. der für Reich und Reichsbank übernommenen				39 096 650	25
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite				1 797 981	05
c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen				218 330 504	25
d) Einlagen auf provisionfreier Rechnung				1 384 823 741	30
1. innerhalb sieben Tagen fällig		622 656 716	70		
2. darüber hinaus bis zu drei Monaten fällig		433 659 239	65		
3. nach drei Monaten fällig		328 507 784	95		
e) sonstige Gläubiger				2 506 767 499	05
1. innerhalb sieben Tagen fällig		1 465 497 329	85		
2. darüber hinaus bis zu drei Monaten fällig		919 386 269	95		
3. nach drei Monaten fällig		121 883 899	25		
Akzepte und Schecks				63 699 907	75
a) Akzepte		50 587 060	15		
b) noch nicht eingelöste Schecks		13 112 847	60		
Ausserdem Aval- u. Bürgschaftsverpflichtg. (einschl. d. i. Reich und Reichsb. übernommenen)	Mk. 456 516 390,55				
Eigene Ziehungen	—				
davon f. Rechnung Dritter	—				
Weiterbegeb. Solawechs. d. Kunden an d. Order d. Bank	—				
Dividenden-Konto				426 360	—
Pensions-Fonds-Konto				5 528 170	25
König-Friedrich-August-Stiftung				118 908	50
Georg-Arnstaedt-Stiftung				152 272	35
Uebergangsposten der Zentrale und Filialen untereinander				371 405	05
Reingewinn				34 202 879	20
				4 596 000 815	—

Verlust. Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1918. Gewinn.

	ℳ	₰		ℳ	₰
Handlungs-Unkosten-Konto	34 420 834	20	Vortrag von 1917	465 596	20
Steuern	5 519 892	75	Sorten- und Zinsschein-Konto	1 334 716	35
Reingewinn	34 202 879	20	Wechsel- und Zinsen-Konto	46 415 734	65
			Provisions-Konto	22 647 872	50
			Effekten- und Konsortial-Konto	—	—
			Erträgn. a. dauernden Beteiligung bei andern Banken	2 626 607	25
			Tresormieten	653 079	20
	74 143 606	15		74 143 606	15

Dresden, den 31. Dezember 1918.

DRESDNER BANK.

E. Gutmann. Nathan. Jüdell. Herbert M. Gutmann. Hrdina. Kleemann.

Moderne Augengläser

Jede ärztl. Verordnung. Jede Reparatur sofort.
Optiker C. Schaefer, Gr. Steinstrasse 29a.

Keine Ziegelnot mehr!
Verfahren zur Herstellung von Schnellbausteinen auf dem Bauplatz
wetterbeständig – fragbar – nagelbar,
40 % billiger als Ziegelmauerwerk
D. R. G. M. erteilt, D. R. P. angemeldet, ist für Deutschland lizenzweise geschlossen od.
bezirksweise zu vergeben.
Formen werden geliefert.
Material überall erhältlich.
Germania Bau-Industrie m. b. H.
Abt. Kleinwohnungsbau
Berlin N. 24, Johannisstrasse 20/21.

30–35 Mille
Beteiligung am Baugeschäft still oder tätig sofort gesucht. Offert. unt. Z. 1616 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

Achtung!
Als bestgeeignetste Geschenke zu Verlobungen und Hochzeiten empfehle äußerst preiswert
Alpacca polierte und versilberte Bestecke
in verschiedenen gediegenen Mustern.
Alfred Otto, Halle a. S., Lerchenfeldstraße 3 II.

Harmoniums
in allen Preislagen, ebenso Orgel-Pedale zum Ueben.
C. Rich. Ritter,
Flügel- u. Piano-Fabrik.

Junge, tüchtige, kautionsfähige Wirtsleute suchen eine Kantine zu pachten. Gute Referenzen zur Seite. Offerten unter Z. 1615 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

H. Schnee Nachf., Gr. Steinstraße 54
Erstes Spezialgeschäft f. gute Strumpfwaren u. Trikotagen.

Auslandsware! Kein Ersatz!
Romolus-Stärke!
zum Stärken von Kragen, Vorhemden, Manschetten etc. 10 Pfund 160 Mk. Ein Probepfund versende gegen Einsendung von 17 Mark.
Albert Freudentheil, Wesselburen 4 (Holstein)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191906032-13/fragment/page=0007

Speise- Service in grösster Auswahl, besonders schöne, moderne Muster zu billigen Preisen empfiehlt **Louis Böker,** Leipziger Str. 7.

Stellen-Angebote

Bezirksvertreter

für Halle und Umgegend wird von bedeutender Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft gesucht. Neben einem Spesenzuschuß werden angemessene Provisionen vergütet. Gleichzeitig wird die Vertretung einer erstklassigen Feuer-, Unfall-, Haftpflicht- und Transportversicherung mit übertragen. Ausführliche Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit sind zu richten unter **J. P. 15055 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Vertreter oder Vertreterinnen,

die sich für geeignet halten, die Landkundschaft in Dörfern aufzusuchen, um einen überall gebrauchten, leicht verkäuflichen, markenfreien Kaffeemarkenartikel zu vertreiben, gegen hohe Provision gesucht. Bei fleißiger, systematischer Arbeit hält es nicht schwer, 200 Mark pro Woche zu verdienen. Angebote unter **J. V. 5156 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Für unsere **Unfall- und Haftpflichtabteilung** suchen wir einen fachkundigen, schaffensfreudigen

Aussenbeamten

gegen hohe Bezüge. Direktionsvertrag. Ausführliche Angebote erbeten.

Generalagentur der „Allianz", Halle a. S., Bernburgerstraße 3.

Suche zum 1. Juli oder früher eine tüchtige u. erfahr.

Mamsell.

Selbige muß in allen Zweigen eines Gutshaushaltes und im Kochen erfahren sein. Zeugnisse und Gehaltsansprüche bitte einzusenden.

Frau Meta Freise,
Rittergut Amt Polleben (Bez. Halle).

Aeltere Köchin

sofort gesucht. Frau Römmert, Helbra.

Für Kinderhort wird eine tüchtige

Kindergärtnerin

für sofort gesucht. Zeugnisse und Gehaltsansprüche sind einzureichen an den

Gemeindevorstand Büschdorf.

Suche zum 1. Juli

Gutssekretär(in)

event. Kriegsbeschädigten, erfahren in Buchführung, Korrespondenz, Lohn- und Kassenwesen. Freizeit: Hofaufsicht. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen und Bild an

Gutsbesitzer Franz Hahndorf,
Baaiberge, Kreis Bernburg.

Selbständige Landwirtschafterinnen u. Stützende, Köchinnen, Mädchen für Küche und Haus, Jungfern, Stubenmädchen, Hausmädchen für Güter sucht st. kaiserwantsläßen. gewerbsmäßiges Stellenvermittler in Freyhaustraße 5. Telephon 2618.

Sauberes, ehrliches älteres

Dienstmädchen

vom Lande zum 15. Juni 19 gesucht. Offert. erb. an Frau **Marta Schober, Halle a. S.,** Merseburgerstraße 44 (Konditorei).

Stellen-Gesuche

Junger

Kaufmann,

23 Jahre alt, 4½ Jahre Soldat gewesen,

sucht Stelle

in einem Spezialgeschäft

für Sportartikel.

Gehalt für 1 Jahr Nebensache. Hauptwert wird auf gründl. Einarbeitung bezw. Ausbildung gelegt. Offerten unter **K. G. 9771** befördert **Rudolf Mosse, Köln.**

Gärtnergehilfe,

22 J. alt, soeben v. Militär entlassen, sucht Stellung auf Herrschaft. Gute oder Stadtgärtnerei. Näheres erteilt **Fr. Kurze, Sangerhausen.**

Gebildete junge Dame, Tochter gefall. Offiz. kath., im Hauswesen und Buchführung erfahren, musik. sucht

Aufnahme auf vornehmem Gut

zur Unterstützung und Gesellschaft der Dame des Hauses gegen Taschengeld. Gefl. Briefe an **M. Bothe, Erfurt, Strahdurgerstraße 6.**

Suche für meinen 19jähr. Sohn

Elevenstelle

in 6- bis 800 Morgen großer intensiver Wirtschaft der Provinz Sachsen. Lehrgeld nach Vereinbarung, Familienanschluß erwünscht. Gefl. Angebote erbittet

Amtsrat **Mathe,**
Domäne Wimmelburg
bei Eisleben.

Junges Mädchen,

23 J., erfahr. in Lohnbuchh., Invalidw., Stenographie u. Maschinenschr., 1½ J. i. Büro tätig, sucht z. 1. 7. 19 od. spät. Stellung, am liebsten als Lohnbuchhalterin. Gefl. Off. m. Gehaltsang. an **Gertrud Kamin, Torgelow** (Pom.).

Fräulein, im Hauswesen erfahren, **sucht Stellung** in feinem Hause. Angebote erbeten an **Emma Stein, Buschhütten,** Kreis Siegen in Westfalen.

Kindergärtnerin I. Kl.

m. gut. Zeugn. u. Erfahr. im Unterricht **sucht Stellung bei 1 bis 2 schulpflichtigen Kindern,** am liebsten in Halle oder Umgebung. Werte Angebote unter **Z. 1617** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Miet-Gesuche

Größere Wohnung

mit reichl. Zubehör in kleiner Stadt od. auf dem Lande von älterem kinderlosen Ehepaar per Okt. cr. od. später, evtl. t. 4. 20 zu mieten gesucht. od. Kauf eines Hauses. Angebote erbitte an **Hermann Lindner,** Gutsinspektor, **Oranienbaum** b. Dessau.

Bekanntmachung.

1000 Mark (Eintausend Mark) Belohnung!

Am 28. Mai 1919 vormittags gegen 10 Uhr wurde der Eisenbahnaushelfer **Paul Gebhardt,** Beesenerstraße 18 wohnhaft, der mit einer großen Summe Geldes von der Stationskasse in der Thielenstraße nach der Betriebswerkstatt in der Berlinerstraße unterwegs war und auf den Bahngleisen entlang ging, etwa gegenüber der Volkmannstraße von einem Manne in Soldatenuniform mit den Worten angehalten: „Wenn Dir Dein Leben lieb ist, dann gib die Tasche her!" Fast gleichzeitig gab der Täter aus einer Armeepistole (Kaliber 7,65) einen Schuß ab, der Gebhardt lebensgefährlich verletzte. Es gelang dem Schwerverletzten aber mit der Geldtasche zu entfliehen, während der Täter sich gegen den Eisenbahnboten Ender wandte, der Gebhardt begleitet hatte. Ender ist durch einen Schuß in den Rücken ebenfalls verletzt worden. Der Täter hat darauf die Flucht ergriffen, ohne Geld erlangt zu haben. Er wurde kurze Zeit vor der Tat angeblich dem Grundstück Volkmannstraße 1 beobachtet, wie er sein Fahrrad — angeblich ein Damenrad mit gelben Felgen — an die Umzäunung des Bahngeländes stellte, sich an dem Zaun zu schaffen machte und schließlich durch eine Lücke im Zaun auf den Bahnkörper trock. Kurz nach der Tat ist er auf demselben Rade nach der Berlinerstraße, Ludwig-Wuchererstraße, Richtung Neilstraße zu gefahren.

Der Täter wird wie folgt beschrieben: 23—25 Jahre alt, etwa 170—175 cm groß, mit dunklem Haar, englisch geschnittenem dunklem Schnurrbart, gesundem, schmalem, braungebranntem Gesicht, dunklen Augenbrauen, er trug eine graue Militäruniform, hohen Kragen am Waffenrock, Schirmmütze und Wickelgamaschen mit schwarzen Schuhen.

Für die Ermittelung des Täters ist von dem Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Diese Summe kommt auch zur Verteilung unter diejenigen, die zwar nicht den Täter selbst bezeichnen können, welche aber doch Umstände, Wahrnehmungen und Anhaltspunkte zu den Akten 2 J. 1462/19 der hiesigen Staatsanwaltschaft oder der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 36 oder 38 mitteilen, die zur Ermittelung des Täters führen.

Ueber die Verteilung der Belohnung entscheidet der Herr Regierungspräsident unter Ausschluß des Rechtsweges.

Halle a. S., den 30. Mai 1919.

Der Erste Staatsanwalt.

Kaufgesuche

Ein gebrauchtes, gut erh.

Jagdgewehr,

Zentralfeuer, Kal. 16, zu kaufen gesucht, ev. geg. Tausch. **Wilh. Schröder, Halle,** Ludwig Wuchererstr. 54.

Suche zur erhaltenen, gebrauchtes

Fahrradgestell

ohne Bereifung, Herrenrad, zu kaufen. Angebote zu richten an

Major Lucke, Halle, Wilhelmstraße 9.

Motorrad,

mit oder ohne Bereifung, wenn auch reparaturbedürftig, kauft und erbitte Angebote mit Preis, Alter und Beschaffenheit

Kindermann, Westeregeln.

Briefmarken

kauft

H. A. Dietrich,
Martinstr. 11.

Verkäufe

Gebrauchte guterhaltene

Kutschwagen

preiswert zu verkaufen. **Pietsch,** Schweizerstr. 41.

Für Liebhaber!

Motorrad

mit Bereifung, **1 Zylinder, 4 P. Kupplung,** Leerlauf, verschiedene Geschwindigkeiten, **für 2500 Mark zu verkaufen.** Dienstag von 5—6 nachm., Mittwoch von **11—1 vorm.**

Spielhalle,
Leipzigerstr. 53.

Frischmelkende Ziege

zu verkaufen.
Große Klausstraße 17 pt.

Einen jährigen, schweren belgischen

Fuchswallach,

zugeritten, fromm, für schweres Fuhrwerk passend, **verkauft,** weil überzählig **Besichtigung** jederzeit gestattet

W. Warigenstedt,
Gaia bei Lützen
(Prov. Sachsen).

Fertige Schäfte

für weiße Kinderhalbschuhe Nr. 26—35 Mk. 6.—, für graue Kinderhalbschuhe Nr. 26—35 Mk. 6.—. Größe angeben.
Helmann, Hameln, Deisterstr. 48.

Gutes, dauerh. **Gummiband** für Strumpfhalter kauft man bei H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 34

Handleiterwagen

Buchenholz, guter Beschlag

cm	80	85	95	105	115	125
ca. Ztr.	3	3½	4	5	6	7 Tragkraft
Mk.	50	60	75	87	98	115

Lieferung nach Einsendung des Betrages auf Postscheckkonto Nr. 48798.

C. Bönicke, Halle a. S., Göbenstr. 23.

Wiederverkäufer gesucht.

Zu verkaufen:

4 Flaschenbierwagen (System Lange & Gutzeit, Berlin, ca. 40 Flaschenplattformwagen, 3 Kromersche Austechwechsel, ca. 75 Gummischläuche, 1,25 m lg. und 12 mm l. Weite, ca. 30 m Transportschnecken, 220 mm Dchm., 75 Kromersche Spundverschraubungen, div. Leder- und Balatariemen.

Klosterbrauerei Roederhof Akt.-Ges.
in Liquidation,
Roederhof, Kreis Oschersleben a. Bode.

Eine liegende Dampfmaschine,

60 Pferdekräfte, jetzt noch im Betrieb, ist wegen Anlage mit elektrischem Betrieb billigst zu verkaufen. Besichtigung täglich bei

Dampfziegelei Kuhnt, Passendorf
(Ziegeleimeister Strich).

10 Absatz-, Stut- u. Hengstfohlen

schweren Schlages und

2 fünfjähr. Pferde

verkauft **H. Boyde,** Brehna, Tel. Roitzsch 42.

Vermietungen

Zu vermieten

ein hochherrschaftliches, villenartiges **Einfamilien-Haus**

in vorzüglicher Lage — Stadtmitte —, 10 Zimmer, Küche, Speisekammer, Bad, Warmwasserheizung, elektrisches Licht, viel Nebengelaß, großer, parkartiger Garten.

Näheres zu erfahren in der Geschäftsstelle der Hallescheen Zeitung.

Verpachtungen

Kirschen-Verpachtung.

Die hiesigen Ritterguts-Plantagen werden

Sonnabend, den 7. Juni, nachm. 2 Uhr

im Gasthaus „Zum weißen Roß" hierselbst öffentlich meistbietend verpachtet. Bedingungen im Termine.

Gebosen bei Artern, den 2. Juni 1919.

Die Ritterguts-Verwaltung.

Obst-Verpachtung.

Meinen ganzen diesjährigen Obstanbau will ich verpachten. Angebote sind bis zum 15. d. Mts. einzureichen.

Domäne Rothenburg a. S.

Obstanhang-Verkauf

Der diesjährige Obstanbau und zwar:

1. von **Quillschina,** 2. von **Gödewitz,**
3. von **Rittergut Haus Würdenburg b. Ler schenthal,**
4. von **Rittergut Schochwitz** mit den ehemaligen Müller- u. Klapprotschen Gütern daselbst,
5. von **Räther,**
6. von **Krimpe,** 7. von **Höhnstedt,**
8. an der **Kreisstraße** vom **Vierhügel** bis zum **Gorslebener Wege,**
9. an der **Salzmünde-Bennstedter Straße** von **Cöllme bis Bennstedt**

soll in diesem Jahre am Grund schriftlicher Angebote verkauft werden. Dieselben, mit Bezeichnung der betreffenden **Plantage, sind bis zum 10. Juni d. J.** an mich einzureichen. — Die Verkaufsbedingungen können in meinem Kontor eingesehen werden.

Salzmünde, den 27. Mai 1919. **J. G. Boltze.**

Verschiedenes

Grossisten gesucht für echt holländische **Gesenpulver** (Schaumpulver) Marke

In Originalkisten, 200 Pakete à ca. 300 Gr. abzugeben in Parisen nicht unter 50 Kisten, per Kiste Mk. 104,— ab **Hamburg.** Zahlbar Bankkrediten, Duplicatfrachtbrief Hamburg. **J. Hemann,** Abt. Import, Hamburg. Telegramm-Adresse: „Freihandel", Hamburg.

Vermögensstand am 31. Dezember 1918.

Aktiva. ℳ

Kassa-Konto	8.47
Grundstücks-Konto	93 293.—
Inventar-Konto	5 408.—
Gen.-Bank-Konto-Korrent-Konto	1 151.20
Depositen-Konto	4 475.90
Gen.-Bank-Anteils-Konto	660.—
Effekten-Konto	1 800.—
Wein-Konto	52.25
Summe d. Aktiva	107 324.82

Passiva. ℳ

Geschäftsguthaben-Konto	3 375.—
Reservefonds-Konto	4 810.96
Betriebsrücklage-Konto	4 694.66
Hypotheken-Konto	50 000.—
Pfeifergelände-Kto.	43 293.—
Beihilfen-Konto	1 151.20
Summe d. Passiva	107 324.82

Mitgliederbewegung: Zahl der Mitglieder: Stand am Anfang des Geschäftsjahres 1918 625; Zugang 24; Abgang 14; Stand am Ende des Geschäftsjahres 635.

Betrag der Geschäftsguthaben: Stand am Anfang des Geschäftsjahres 1918 3115 Mk.; Zugang 190 Mk.; Abgang 70 Mk.; Stand am Ende des Geschäftsjahres 3235 Mk.

Betrag der Haftsummen: Stand am Anfang des Geschäftsjahres 1918 68 300 M.; Zugang 2600 Mk.; Abgang 1400 Mk.; Stand am Ende des Geschäftsjahres 67 500 Mark.

Halle-Saale, 3. Juni 1919.

Agronomenhaus,
e. G. m. b. H.
Menzel. Haake. Bode.
Schneider. Krebs.

Dauerhafte **Portemonnaies** aus prima Leder sehr preiswert. **H. Krasemann** nur Schmeerstr. 19.

Angebot!

Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen

ca. 150 Zimmer in einfacher bis ganz reicher Ausführung.

Möbelfabrik
Albert Matzick Nachf.
Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S., Alter Markt 2.

Welche vermögende **Dame oder Herr** leiht einem fleiß., strebs. jg. Mädchen die Mittel zum Studium? Werte Zuschrift unter **Z. 1618** an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

Mittwoch, den 4. Juni, 4½ Uhr nachm.: **Schneewittchen u. d. 7 Zwerge** von Frau Hedwig Gusse. **Wegener, Freilichtaufführung zum Besten der Kinderfürsorge des Saalkreises** im Saale der Saalichlohbrauerei. Eintrittskarten zu 2 u. 1 M. nur an der Kasse.

Holländer-Zigarren

Nur an Selbstverbraucher.

Sorte I Mk. 50.— per 100
" II " 75.— " "
" III " 90.— " "
" IV " 100.— " "

Sorte I und IV nur zusammengehend.

L. Otten & Co., G. m. b. H., Bremen,
Zigarren-Grosshandlung.

Elektrische **Glühlampen** zu Fabrikpreisen **Hönemann** Bauhof 1. Tel. 3631.

Geldverkehr

Mk. 120000.—

zu 4½% auf prima erstsichere Hausbyopothek gesucht. Off. unter von Agenten unerwünscht **B. F. 8485** an **Rudolf Mosse,** Brüderstraße 4, erbeten.

Heirat

Heiratsgesuch.

Berliner Buchdruckereibesitzer, 32 J., Jahresein. 15 000 Mk., aus bief. Ges. gebürtig, wünscht Bekanntsch. jung. Mädchens zw. bald. Heirat. Ausführl. Off. unt. Dankeg. der Familien- u. Vermögensverhältn. mögl. mit m. Bild erb. unt **No. 604** an die „Volks-Zeitung", Berlin, Schönhauser Allee 144.

Erfahrener, strebsamer

Landwirt,

30 J., 50000 Mk. Vermögen, wünscht die Bekanntschaft einer vermög. Dame, am liebsten Einheirat. Off. u. U. W. 4.3 a. d. Annonc.-Exp. **Rudolf Mosse, Brüderstr. 4,** erb.

Viele vermög. Dam. wünschen sich bald glücklich zu verheiraten. Herren, wenn a. ohne Verm., erhalten sofort Auskunft durch „Union", Berlin, Potsdamer 3.

Verloren.

Rotledernne **Brieftasche**

mit Inhalt etwas Geld u. Papiere, am Sonntag Dehlau verloren. Gegen Belohnung abzugeben.

Frau **Zuchowski,**
Halle a. S., Spitze 27 I.

Mitteldeutsche Privat-Bank, A.-G., Filiale Halle a. S., Poststrasse 12. Tel. 1382, 1383, 1692. Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191906032-13/fragment/page=0008